

Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft: deutscher Beitrag zur Pilotforschungsstudie "The Impact of Immigration on Europe's Societies" im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks

Torlak, Elvira; Vitt, Veronika; Currie, Edda; Prümmer, Kathrin; Kreienbrink, Axel; Worbs, Susanne; Schimany, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Torlak, E., Vitt, V., Currie, E., Prümmer, K., Kreienbrink, A., Worbs, S., Schimany, P. (2005). *Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft: deutscher Beitrag zur Pilotforschungsstudie "The Impact of Immigration on Europe's Societies" im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks*. (Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), 1). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Nationale Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-353376>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

DER EINFLUSS VON ZUWANDERUNG AUF DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT

Deutscher Beitrag
zur Pilotforschungsstudie
„The Impact of Immigration on Europe’s
Societies“ im Rahmen
des Europäischen Migrationsnetzwerks

FORSCHUNGSBERICHT 1

Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft

**Deutscher Beitrag
zur Pilotforschungsstudie
„The Impact of Immigration on Europe’s
Societies“ im Rahmen
des Europäischen Migrationsnetzwerks**

Nationaler Kontaktpunkt
Deutschland



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Kurzfassung	7
1 Einleitung	11
2 Forschungsdefizite	13
2.1 Forschungsdefizite im ökonomischen Bereich	13
2.2 Forschungsdefizite im kulturellen Bereich	14
2.3 Forschungsdefizite im politischen Bereich	16
3 Historische Entwicklung der Migration nach Deutschland	17
3.1 Entwicklungen seit den 1950er Jahren	17
3.2 Entwicklungen seit dem Jahr 2000	22
4 Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft	25
4.1 Wirtschaft	25
4.1.1 Steuern, Renten und Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystem	25
4.1.2 Zuwanderer und der Arbeitsmarkt	29
4.1.3 Die Auswirkungen der Zuwanderung auf spezielle Wirtschaftssektoren	33
4.1.4 Hoch qualifizierte Zuwanderer	35
4.1.5 Zuwanderer als ethnische Unternehmer	37
4.1.6 Auswirkungen von Zuwanderung auf Exporte und Importe	40
4.1.7 Zuwanderer als Konsumenten und Rücküberweisungen (Remittances)	42
4.1.8 Integration, kulturelle Diversität und Wettbewerbsfähigkeit	43

4.2	Zivilgesellschaft und kultureller Kontext	46
4.2.1	Zuwanderer und Zivilgesellschaft	46
4.2.2	Zuwanderer im kulturellen Kontext: Religion, Sport, Essen, Medien, Musik, Sprache, Literatur, Film, Mode und Bildende Kunst	48
4.3	Politischer Kontext	59
5	Strukturelle Rahmenbedingungen der Integration von Zuwanderern: Zugangsmöglichkeiten und Barrieren	69
5.1	Phasen der Integrationspolitik	69
5.2	Zugang zur Staatsbürgerschaft	72
5.3	Arbeitsmarkt und Beschäftigung	73
5.4	Bildung und Ausbildung	75
5.5	Wohnverhältnisse und Segregation	77
6	Schlussfolgerungen	79
7	Literatur	81

Vorwort

Das von der EU-Kommission initiierte und kofinanzierte Projekt „Europäisches Migrationsnetzwerk“ (EMN) befindet sich noch bis 2006 in der Einrichtungsphase. Ziel des Projektes ist, der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten in kompakter Form zuverlässige und vergleichbare Informationen über Migration und Asyl zur Verfügung zu stellen. Die Schwerpunkte der Arbeiten liegen in den Bereichen Forschung, Analyse und Dokumentation. In Deutschland nimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg die Funktion als Nationaler Kontaktpunkt im Europäischen Migrationsnetzwerk wahr. Im Rahmen dessen wurde im Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit einigen Partnern im nationalen Netzwerk des EMN der deutsche Beitrag für die europaweite Pilotforschungsstudie „The Impact of Immigration on Europe’s Societies“ erstellt.

Die Pilotforschungsstudie verfolgt drei Ziele:

1. Vermittlung eines besseren Verständnisses über den Einfluss von Zuwanderern auf die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft der Aufnahmeländer.
2. Verbesserung der Erkenntnisse über die Situation von Migranten durch vergleichende Sozialforschung.
3. Feststellung von Stärken und Schwächen der nationalen und europäischen Zusammenarbeit, um die weitere Entwicklung des Netzwerks und seiner Arbeitsstrukturen effektiver zu gestalten.

Die vorliegende Publikation „Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft“ bietet einen Überblick über verschiedene Lebensbereiche der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland, nämlich Wirtschaft, Kultur und Politik. Der Bericht ist interdisziplinär angelegt und erfasst den Bestand an einschlägiger jüngerer Forschungsliteratur in Deutschland zu den behandelten Themen. Der Betrachtungszeitraum endet 2004, so dass die rechtlichen Veränderungen, die sich mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsge-

setzes zum 1. Januar 2005 ergeben haben, sowie seitdem erschienene Literatur nicht mehr berücksichtigt wurden.

Die Forschungsstudie basiert auf den Analysen und Beiträgen von

- Elvira Torlak, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), die den Beitrag zu Fragen der Wirtschaft verfasst hat,
- Veronika Vitt und Edda Currle, europäisches forum für migrationsstudien (efms) an der Universität Bamberg, die den Beitrag zu Zivilgesellschaft und kulturellem Kontext angefertigt haben,
- Dr. Kathrin Prümm, Center on Migration, Citizenship and Development (COMCAD) an der Universität Bielefeld, die den Beitrag zum politischen Kontext verfasst hat, und
- Dr. Axel Kreienbrink, Susanne Worbs und PD Dr. Peter Schimany, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, welche die übrigen Kapitel erstellt und die redaktionellen Arbeiten geleistet haben.

Wir möchten den Autoren für ihre geleistete Arbeit und Kooperation herzlich danken.

Nürnberg, im September 2005
Manfred Kohlmeier und Peter Schimany

Kurzfassung

Die vorliegende Studie skizziert den Einfluss von Migration auf die deutsche Gesellschaft. Sie gibt einen groben Überblick über den derzeitigen Stand der Migrationsforschung in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik. Hierbei werden sowohl wichtige Ergebnisse als auch Forschungslücken aufgezeigt. Die auf Deutschland bezogene Studie soll – wie auch die nationalen Studien der anderen am Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) beteiligten Kontaktpunkte – den Mitgliedstaaten der EU in kompakter Form fundierte Basisinformationen über die migrationspolitisch zentralen Politikfelder liefern.

Nach einem einleitenden Überblick über Forschungsdefizite in den genannten Bereichen (Kapitel 2) wird das Migrationsgeschehen in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges skizziert (Kapitel 3). Die verschiedenen Zuwanderergruppen (u.a. Flüchtlinge und Vertriebene, ausländische Arbeitskräfte, Aussiedler und Spätaussiedler, Asylbewerber, ausländische Studierende, jüdische Zuwanderer) sowie die jüngsten politisch-rechtlichen Entwicklungen werden vorgestellt.

Hinsichtlich des Einflusses der Zuwanderung auf die deutsche **Wirtschaft** (Kapitel 4.1) wird zunächst der Problemkomplex „geleistete Steuerzahlungen versus erhaltene Sozialleistungen“ angesprochen. Zusammenfassend deuten die vorhandenen Studien auf einen positiven Fiskaleffekt der Zuwanderung hin, der jedoch abhängig ist von der Aufenthaltsdauer der Migranten und den rechtlichen Regelungen zum Bezug von Sozialleistungen. Weiterhin wird konstatiert, dass der von den Zuwanderern geleistete Nettobeitrag zum Sozialversicherungssystem dazu beiträgt, die mit der zunehmenden Bevölkerungsalterung einhergehenden Probleme abzuschwächen.

Eine dritte Fragestellung im Bereich Wirtschaft war, welche Auswirkungen die Zuwanderung auf die Beschäftigungssituation der einheimischen Bevölkerung hat. Dabei wird der Einfluss auf das

Lohnniveau im Niedriglohnsektor und im Bereich der hoch Qualifizierten betrachtet. Es ergibt sich, dass negative Lohneffekte für Einheimische insgesamt nicht gegeben sind; zum Teil sind eher positive Effekte zu beobachten. Ebenso sind lediglich geringe Auswirkungen auf die Beschäftigung festzustellen, die eine leicht positive Tendenz haben. Demnach hat Zuwanderung ein Mehr an Arbeitsplätzen und damit ein stärkeres Wirtschaftswachstum bewirkt. Besonders im Bereich des ethnischen Unternehmertums ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen und eines spezialisierten Angebots von Gütern und Dienstleistungen (Lebensmittel, Gastronomie) gekommen. Ein weiterer Aspekt der Darstellung beleuchtet die Auswirkungen von Zuwanderung auf den nationalen und internationalen Handel, da Zuwanderer verstärkt eigene Unternehmen gründen und Handelsbeziehungen mit ihren Herkunftsländern unterhalten. Man kann hier also von einer Ausweitung des Handelsvolumens als Folge von Zuwanderung ausgehen.

Hinsichtlich der Rolle von Zuwanderern als Konsumenten und Sparer liegen widersprüchliche Ergebnisse vor. So ist einerseits eine hohe Konsumneigung feststellbar, aber andererseits auch eine hohe Sparneigung, um Rücküberweisungen in die Heimatländer vorzunehmen. Abschließend wird auf die Arbeitsmarktperformanz der Zuwanderer eingegangen. Die kulturelle Vielfalt, die häufig als eine der Hauptursachen für fehlgeschlagene Arbeitsmarktintegration betrachtet wurde, wird dabei zunehmend als wichtiger Vorteil für die Wettbewerbsfähigkeit einer sich globalisierenden Volkswirtschaft angesehen.

Mit Blick auf den Einfluss von Zuwanderung im **kulturellen Kontext** (Kapitel 4.2) werden zunächst Organisationen und Vereine betrachtet, in denen die Migranten die Zivilgesellschaft beeinflussen. In Deutschland sind es besonders religiöse Vereine, die das kulturelle Leben der Zuwanderer prägen. Inwieweit ihre Wirkung integrationsfördernd oder –hemmend ist, bleibt aber unklar. Weiterhin sind vielfältige Einflüsse von Zuwanderung in den Bereichen Sport, Medien, Musik, Sprache, Literatur, Film, Mode und Bildende Kunst zu er-

kennen. Diese sind allerdings nur schwer von allgemeinen Globalisierungseinflüssen zu trennen und zudem bisher eher journalistisch als wissenschaftlich bearbeitet. Ein besonders deutlicher Einfluss von Zuwanderung im Alltag zeigt sich im Bereich der Esskultur. Er kann als wichtigster Bereich hinsichtlich einer Annäherung von Einheimischen und Migranten verstanden werden. In der deutschen Medienlandschaft findet sich ein breit gefächertes Angebot an fremdsprachigen Zeitungen und Zeitschriften. Parallel zu den Printmedien gibt es zahlreiche Kabel- und Satellitenprogramme, die muttersprachliche Radio- und Fernsehsendungen ausstrahlen. Bei der Darstellung von Zuwanderern in den deutschen Medien lassen sich verschiedene Tendenzen positiver und negativer Art feststellen. Weiterhin verarbeiten zahlreiche Autorinnen und Autoren nicht-deutscher Herkunft in ihren Werken die Themen Migrationserfahrung und Fremdheit sowie den häufig gebrochenen Bezug zum Herkunftsland. Diese Werke erscheinen in der Regel sowohl in deutscher als auch in der Muttersprache.

Im Beitrag der Studie zu den Einflüssen der Zuwanderung im **politischen Kontext** (Kapitel 4.3) wird der Einfluss dargestellt, der vom Auftauchen der Migranten und ihrer Partizipation in verschiedenen politischen Institutionen und Organisationen ausgegangen ist. Zunächst wird aufgezeigt, dass politische Organisationen nur sporadisch in den Blickwinkel der Forschung geraten sind. Der Diskurs über die Bedingungen politischer Partizipation von Migranten in Deutschland ist von der Tatsache mangelnder politischer Integration aufgrund restriktiver Einbürgerungsbedingungen und fehlenden Wahlrechts für Ausländer geprägt. Anschließend werden Befunde über den Einfluss von Migration auf kommunale Verwaltungen, Gewerkschaften und politische Parteien vorgestellt. Migration führt bei kommunalen Verwaltungen zu Veränderungen der Organisation, doch sind diese jeweils abhängig von der vorherigen Struktur der Behörden. Bei Gewerkschaften ist ein Rückgang der Thematisierung von Zuwanderung feststellbar. Innerhalb der Gewerkschaften haben Migranten zwar einen hohen Organisationsgrad, sind aber nur we-

nig in der Gewerkschaftshierarchie vertreten. Die Veränderung von Parteien und der Aufbau migrantenspezifischer Strukturen innerhalb derselben lässt sich zwar zeigen, ist aber von der Forschung nur unzureichend dokumentiert.

Weitaus besser untersucht sind dagegen die Selbstorganisation in Vereinen und die politischen Einstellungen von Migranten. Hier lassen sich zwar Parteipräferenzen feststellen, die mit Zuwanderergruppen korrelieren, allerdings sind bei Eingebürgerten keine signifikanten Unterschiede zum Wahlverhalten gebürtiger Deutscher sichtbar. Der Zusammenhang von politischer Partizipation und rechtlicher Integration einerseits und den Beziehungen zum Zuwanderungsland und zum Herkunftsland andererseits wird ambivalent beurteilt. Die Kenntnisse über den Grad und die Ausrichtung politischer Partizipationsformen von Zuwanderern führen dazu, dass das gültige Mitgliedschaftsmodell in Bezug auf Staatsbürgerschaft hinterfragt wird, alternative Modelle entwickelt und politische Forderungen gestellt werden. Einige dieser Entwürfe werden abschließend vorgestellt. Hierbei wird deutlich, dass politische Partizipation verschiedentlich auch ohne Besitz der Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes möglich ist und sich neue Formen von „postnationaler“ Mitgliedschaft herausgebildet haben. Gleichzeitig wird aber auch auf ein Spannungsfeld politischer Legitimation hingewiesen, das aus der langfristigen Anwesenheit einer größeren Anzahl von Nichtmitgliedern/Nichtwählern resultieren kann.

Ein abschließender Überblick (Kapitel 5) betrachtet strukturelle Rahmenbedingungen der Integration von Zuwanderern wie den Zugang zur Staatsbürgerschaft, zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Ausbildung sowie die Frage von Wohnverhältnissen und Segregation. Diese Faktoren können hinsichtlich des Einflusses von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft verstärkend oder beschränkend wirken, indem sie die Lebensverhältnisse der Migranten und damit deren Möglichkeiten der Einflussnahme prägen. In Kapitel 6 werden Schlussfolgerungen hinsichtlich der Datenlage und der notwendigen Forschungsanstrengungen in Deutschland gezogen.

1 Einleitung

Ein wichtiges Ziel der vorliegenden Studie ist die Bewertung vorliegender Quellen und analysierter Daten sowie das Aufzeigen von Forschungsdefiziten in den untersuchten Bereichen. Durch die Bestandsaufnahme wird es möglich, von der Forschung bisher vernachlässigte Probleme zu identifizieren und den Blick zukünftig auf neue Themen von hoher Relevanz zu lenken.

Eingeleitet wird die Studie mit Anmerkungen zu den analysierten Materialien und zu den Forschungsdefiziten in den drei genannten Bereichen (Kapitel 2). Danach folgt ein Abriss über die Entwicklung der Zuwanderung seit den 1950er Jahren (Kapitel 3). Anschließend wird der Einfluss der Zuwanderung in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik ausführlich beschrieben (Kapitel 4). In einem weiteren Abschnitt wird auf die strukturellen Rahmenbedingungen der Integration von Zuwanderern¹ eingegangen (Kapitel 5). Einige abschließende Bemerkungen (Kapitel 6) und eine Literaturliste, die den Stand der Forschung bis 2004 repräsentiert, runden die Studie ab.

¹ Sofern aus Gründen der Lesbarkeit in dieser Studie männliche Bezeichnungen (Zuwanderer, Migrant) verwendet werden, sind Frauen darin eingeschlossen.

2 Forschungsdefizite

Für Deutschland sind in allen hier untersuchten Bereichen (Wirtschaft, Kultur und Politik) Forschungsdefizite mit unterschiedlicher Gewichtung erkennbar. Einleitend soll hier ein zusammenfassender Überblick über die Desiderate gegeben werden, die sich aus den nachfolgenden Beiträgen ergeben haben.²

2.1 Forschungsdefizite im ökonomischen Bereich

Defizite in der ökonomischen Forschung über Migration lassen sich sowohl auf datentechnischer als auch auf inhaltlicher Ebene identifizieren. Die Datenverfügbarkeit und Datenqualität ist weder auf der makro- noch auf der mikroökonomischen Ebene zufrieden stellend. Zudem wird eine Verknüpfung zwischen dem Forschungsstand auf der Mikroebene (z.B. zur beruflichen Qualifikation und Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern) und den makroökonomischen Größen (z.B. Wachstum und Humankapital) nicht oder nur bedingt geleistet. Statistiken zur Anzahl, zur Herkunft und zum Aufenthaltsstatus von Migranten sind meist nicht in längeren Zeitreihen verfügbar, mit Abgrenzungsproblemen (je nach gesetzlichem Status der Zuwandernden) behaftet oder dürfen aus Datenschutzgründen nicht genügend disaggregiert werden. Das Problem des Datenschutzes stellt sich vor allem für zahlenmäßig kleine Gruppen von Zuwanderern. Regionale Studien und Erhebungen mit mikroökonomischen Fragestellungen sind dadurch nur schwer durchzuführen. Des Weiteren fehlen ausreichende qualitative Befragungen hinsichtlich Motivation, Lebensqualität, Netzwerken und Integrationsprozessen von Migranten. Die höhere Mobilität von Zuwanderern (Weiterwanderung, temporärer Aufenthalt oder Wanderung innerhalb des Ziellandes) und ihr relativ kleiner Anteil an der Bevölkerung erschweren Panelbefragungen. Schließlich liegen – ungeachtet der Erfassungsprobleme – kaum

² Für Literaturhinweise siehe die jeweiligen Ausführungen in Kapitel 4.

aussagekräftige Daten zum Zusammenhang von illegaler Migration und Beschäftigung (sowie Frauen- und Kinderhandel) vor. Dies betrifft auch Daten zu Rücküberweisungen (Remittances), da ein Großteil der Kapitaltransfers nicht in der Zahlungsbilanz ausgewiesen ist. Hier gilt es, die inoffiziellen Kanäle soweit als möglich zu identifizieren und zu quantifizieren. Generell lässt sich feststellen, dass Indikatoren über Zuwanderer und ethnische Minderheiten in den offiziellen Statistiken unterrepräsentiert sind.

Um Arbeitsmigration steuern und berufliche Integration bewerten und fördern zu können, sind verlässliche und empirisch überprüfbare Aussagen zu den sozialen Netzwerken von Zuwanderern sowie den Strukturen und Funktionen von *Migrant Communities* nötig. Die entsprechenden Indikatoren, wie z.B. Determinanten von Mobilität, Sozialkapital und sozialen Beziehungen, sind allerdings schwer messbar. Hier besteht auf theoretischer und empirischer Ebene weiterer Forschungsbedarf. Eine inhaltliche Analyse setzt methodische Fortschritte bei der Datenerfassung voraus. Ebenfalls nur wenige Informationen liegen über „ethnisches Unternehmertum“ und dessen Effekte vor. Aufgrund neuerer Forschungen werden die Informationsdefizite jedoch zunehmend geschlossen (vgl. Kapitel 4.1.5). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass viele Defizite im ökonomischen Bereich der Migrationsforschung durch intensivere Forschungen und Datenerhebungen (mittels Befragungen) behoben werden könnten. Dadurch könnten auch neue Themenbereiche erschlossen werden. Dies gilt ebenso für den Bereich der amtlichen und behördlichen Statistik.

2.2 Forschungsdefizite im kulturellen Bereich

Trotz der in den vergangenen Jahren erfolgten Ausweitung und Vertiefung der Migrationsforschung besteht auch im Bereich von Kultur und Zivilgesellschaft die Notwendigkeit weiterer Forschungen auf theoretischer und empirischer Ebene. Als grundsätzliches Problem stellt sich hier jedoch jeweils die Frage, ob und wie sich kulturelle

Einflüsse in Deutschland von Aspekten der Globalisierung und Internationalisierung von Kultur(-märkten) analytisch abgrenzen lassen.

Innerhalb der verschiedenen Aspekte dieses Themenbereichs gestaltet sich gerade der wissenschaftliche Zugang zum Thema Religion als bedeutender Aspekt von Gesellschaft und Kultur schwierig: Zwar ist die Beschäftigung mit muslimischem Leben seit den Ereignissen vom 11. September 2001 von besonderem Interesse, was sich an der Zunahme von wissenschaftlichen Publikationen über islamische Gemeinden, Moscheebauten oder Einstellungen von muslimischen Zuwanderern zeigt. Auch die Auswirkungen in den jüdischen Gemeinden durch Zuwanderung aus Osteuropa sind ansatzweise analysiert. Es fehlt jedoch eine umfassendere Betrachtung zum Einfluss von Religionsgemeinschaften, um auch Aussagen über die Veränderungen bestehender christlicher Gemeinden durch Zuwanderer treffen zu können.

Zum Einfluss von Zuwanderung auf das kulturelle Leben in Deutschland in den Bereichen Film, Musik, Literatur, Kunst und Mode liegen bisher nur vereinzelt Forschungsergebnisse vor. Das Thema Musik von Migranten wird zwar beachtet, aber eher journalistisch oder populärwissenschaftlich bearbeitet. Dasselbe gilt für die Themenbereiche Film und Literatur: Es fehlen sowohl Daten als auch wissenschaftlich fundierte Studien, welche die Frage beantworten könnten, welchen Einfluss Migranten in diesen Bereichen auf die Kulturlandschaft tatsächlich genommen haben und wie dieser Einfluss von der Gesellschaft wahrgenommen wird. Wissenschaftliche Studien zum Einfluss auf Kunst und Mode existieren ebenfalls nicht. Unerforscht ist darüber hinaus die Präsenz kultureller Beiträge von Migranten im lokalen Kulturleben. Hierzu liegen Einzelbeiträge vor, jedoch keine umfassenden, wissenschaftlich fundierten Ausarbeitungen.

2.3 Forschungsdefizite im politischen Bereich

Innerhalb der deutschen Politikwissenschaft war Migration lange Zeit ein randständiges Forschungsfeld, das nur von wenigen Wissenschaftlern bearbeitet wurde. Die Migrationsforschung konzentrierte sich auf die soziale Lage und auf die organisatorische bzw. institutionelle Integration von Zuwanderern. Die Veränderung von Organisationen durch Migration ist vornehmlich ein Thema, das in den 1980er und den frühen 1990er Jahren im Hinblick auf einzelne Organisationen untersucht, jedoch nicht systematisch erforscht wurde. In den Blick kamen vor allem Organisationen wie Gewerkschaften, welche die Arbeitssituation der Migranten aufgriffen. Dagegen wurden politische Organisationen wie Parteien, welche die Lebenssituation von Migranten nicht unmittelbar beeinflussen, in der Forschung nur nachrangig behandelt. Erst neuerdings wird das politische Verhalten insbesondere von eingebürgerten Migranten untersucht. Ein besonderes Problem der Forschung besteht allerdings darin, Eingebürgerte überhaupt systematisch zu erfassen. Die Fragenkomplexe von zivilgesellschaftlicher Identität und postnationalen Mitgliedschaften werden in der Forschung zwar intensiv diskutiert, jedoch haben Migration und Migranten in diesen Diskursen bisher keinen expliziten Stellenwert erhalten.

3 Historische Entwicklung der Migration nach Deutschland

3.1 Entwicklungen seit den 1950er Jahren

Als Folge von Flucht in der Endphase des Zweiten Weltkrieges und durch Vertreibungen bzw. Deportationen nach Kriegsende kamen von 1945 bis 1949 nahezu acht Millionen Flüchtlinge und Kriegsvertriebene in die westlichen Besatzungszonen und etwa 3,6 Millionen in das sowjetisch besetzte Ostdeutschland. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Jahr 1949 setzte eine Massenübersiedlung von Ost- nach Westdeutschland ein, in deren Folge bis zum Mauerbau im August 1961 etwa 3,5 Millionen Menschen die innerdeutsche Grenze auf Dauer überquerten (Münz 1997: 37). Wanderungsbewegungen in entgegengesetzter Richtung hatten dagegen einen sehr viel geringeren Umfang (Schmelz 2002).

Der Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit, das westdeutsche „Wirtschaftswunder“, führte zu einem erhöhten Arbeitskräftebedarf. Bereits in den 1950er Jahren zeichneten sich hier Engpässe in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes ab. Durch den Mauerbau versiegte 1961 dann zudem ein wesentlicher Arbeitskräftezustrom (Heidemeyer 1994). Als Reaktion auf den Arbeitskräftemangel ging die Bundesrepublik zur Anwerbung von ausländischen „Gastarbeitern“ über. Ein erster Anwerbevertrag wurde 1955 mit Italien abgeschlossen. Weitere Verträge folgten zwischen 1960 und 1968 mit Griechenland, Spanien, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien (Steinert 1995: 239-310). Das geplante Rotationsverfahren, in dem der Einzelne nur für einen befristeten Zeitraum in Deutschland bleiben und dann seinen Platz für einen anderen Ausländer frei machen sollte, wurde in der Praxis nicht lange durchgehalten. Nachdem im November 1973 als Reaktion auf die Ölkrise ein Anwerbestopp für Ausländer aus Staaten außerhalb der EG beschlossen worden war, blieben viele der Angeworbenen dennoch im Land und begannen

verstärkt ihre Familienangehörigen nachzuholen. Zum Zeitpunkt des Anwerbstopps lebten bereits rund vier Millionen ausländische Staatsangehörige in Westdeutschland, deren Zahl in den folgenden Jahren weiter anstieg. Zwischen 1961 und 1973 stieg die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen von 550.000 auf 2,6 Millionen. Insgesamt kamen in diesem Zeitraum ca. 14 Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland, von denen gut 11 Millionen das Land wieder verließen. 1989 betrug die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik knapp 4,9 Millionen (Dohse 1981; Schönwälder 2001; Sonnenberger 2003).

In der DDR wurden ab Mitte der 1960er Jahre ebenfalls, wenn auch in viel geringerem Maß, „ausländische Werk tätige“ auf der Basis zwischenstaatlicher Verträge für mehrjährige Arbeitsaufenthalte rekrutiert. Diese stammten zunächst vorwiegend aus dem europäischen RGW-Bereich, später auch aus Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam, der Mongolei, Angola und China (Gruner-Domic 1999; Kuck 2003).

Neben der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gab es seit den frühen 1950er Jahren noch eine weitere kontinuierliche Migrationsbewegung nach Deutschland: die der (Spät-)Aussiedler³ und ihrer Familienangehörigen (Bade/Oltmer 1999). Hierbei handelt es sich um Personen mit deutscher Volkszugehörigkeit, denen nach Beendigung der Vertreibungsmaßnahmen auf Grund bilateraler Verträge und in Anwendung des Art. 116 Grundgesetz die Übersiedlung aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks in die Bundesrepublik ermöglicht wurde. Mehr als vier Millionen (Spät-)Aussiedler sind seit 1950 in die Bundesrepublik gekommen, der überwiegende Teil davon allerdings erst nach dem Einsetzen der Perestrojka/Glasnost-Politik in der UdSSR und dem nachfolgenden Ende des Ost-West-Konfliktes 1989. Damit handelt es sich um die drittgrößte Zuwanderungsbe-

³ Personen, die vor dem 1. Januar 1993 kamen, werden als Aussiedler bezeichnet, alle nach diesem Zeitpunkt Zugewanderten als Spätaussiedler.

wegung nach Flucht und Vertreibung bzw. Arbeitskräftemigration. Fast alle diese Zuwanderer stammen mittlerweile aus der früheren Sowjetunion, während andere Herkunftsländer wie Rumänien, Polen oder Ungarn in den 1990er Jahren fast völlig an Bedeutung verloren haben. Mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 wurde der Zuzug von Spätaussiedlern auf einem Niveau von jährlich 225.000 kontingentiert, ab 2000 auf rund 103.000 Zuzüge jährlich. Die tatsächlichen Zugangszahlen liegen inzwischen noch niedriger: Im Jahr 2003 waren es knapp 73.000 und im Jahr 2004 rund 59.000 Personen.⁴

Ebenfalls seit den frühen 1950er Jahren werden in der Bundesrepublik Zugänge von Asylbewerbern registriert, die sich auf das in Artikel 16a GG enthaltene Grundrecht auf Schutz vor politischer Verfolgung im Herkunftsland berufen. Die Verankerung dieses Artikels im Grundgesetz war eine Folge der Erfahrungen politisch Verfolgter im Nationalsozialismus. Bis Anfang der 1980er Jahre spielte die Asylzuwanderung quantitativ nur eine geringe Rolle und umfasste vor allem Flüchtlinge aus den früheren Ostblockstaaten. Nachdem die Antragszahlen während der 1980er Jahre starken Schwankungen unterworfen waren, stiegen sie ab 1988 (103.000) kontinuierlich an und erreichten im Jahr 1992 einen Rekordwert von rund 438.000 Anträgen.⁵ Dies war vor allem den Krisen im ehemaligen Ostblock geschuldet, die zu einer wesentlichen Veränderung bei der Herkunft der Antragsteller führten, die bisher vor allem aus der Dritten Welt gekommen waren. Eine Änderung des Grundgesetzes und des Asylverfahrensgesetzes auf der Grundlage des im Dezember 1992 beschlossenen so genannten „Asylkompromisses“, der sich auf Antragsteller auswirkte, die aus verfolgungsfreien Herkunftsstaaten bzw. über sichere Drittstaaten gekommen waren, hatte einen erheblichen

⁴ In sehr reduziertem Umfang hat es auch den Zuzug von Personen deutscher Volkszugehörigkeit in die DDR gegeben (Hirschler-Horáková 2003).

⁵ Zur Entwicklung der Asylzahlen: www.bamf.de/template/index_statistik.htm.

Rückgang der Zahl der Asylbewerber zur Folge. Seit 1998 lag die Zahl der Erstantragsteller unterhalb 100.000 und im Jahr 2004 nur noch bei ca. 36.000. In den 1990er Jahren gewährte Deutschland zudem rund 345.000 Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina und ab 1999 rund 195.000 Flüchtlingen aus dem Kosovo Schutz, die aber inzwischen mehrheitlich wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind (Herbert 2003: 263-273, 296-322).⁶

Zwei weitere Gruppen, deren Zuwanderung die Geschichte der Bundesrepublik schon länger begleitet, sind ausländische Studierende und EU-Binnenmigranten. Bei ausländischen Studierenden (Jensen 2001) sind insbesondere die so genannten Bildungsausländer von Interesse, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und zum Studium nach Deutschland kommen (wobei der Aufenthalt die Dauer von einem Semester, aber auch ein komplettes Studium umfassen kann). Im Zuge der Internationalisierung der Bildung und durch entsprechende Austauschprogramme ist die Zahl der Bildungsausländer in Deutschland seit den 1990er Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Wintersemester 2003/2004 waren rund 180.000 Bildungsausländer an den Hochschulen eingeschrieben, davon etwa 42.000 Studienanfänger.

Angehörigen anderer EU-Staaten wurde ab 1968 schrittweise die Personenfreizügigkeit gewährt, und zwar sowohl Erwerbstätigen und ihren Angehörigen als auch Personen, deren Aufenthalt nicht in erster Linie wirtschaftlichen Zwecken gilt (z.B. Studierende und Rentner). Von 1991 bis 2003 sind über 1,7 Millionen EU-Bürger nach Deutschland gezogen, während zugleich über 1,6 Millionen das Land wieder verließen. Abgesehen von den schon lange in Deutschland lebenden früheren „Gastarbeitern“ aus EU-Staaten handelt es sich

⁶ Die Möglichkeit Asyl zu gewähren gab es auch laut DDR-Verfassung, doch handelte es sich im wesentlichen um eine staatliche Ermessensentscheidung. Die Asylgewährung spielte zahlenmäßig nur eine untergeordnete Rolle (Poutrus 2004).

bei der EU-Binnenmigration somit bisher nicht um eine quantitativ nachhaltige Zuwanderungsform.

Seit den 1990er Jahren findet auch Zuwanderung von jüdischen Emigranten aus dem Gebiet der Nachfolgestaaten der Sowjetunion statt. Jüdische Zuwanderer werden in Übernahme eines DDR-Volkskammer-Beschlusses von 1990 seit 1991 (auf Beschluss der Ministerpräsidenten der Bundesländer) nach dem Kontingentflüchtlingsgesetz aufgenommen, jeweils in Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit der Länder. Das Aufnahmeverfahren wird über die deutschen Auslandsvertretungen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg abgewickelt. Im Zeitraum von Januar 1991 bis Dezember 2004 sind rund 219.000 Antragsteller im Wege des geregelten Verfahrens in die Bundesrepublik eingereist. Durch diese Zuwanderung hat Deutschland heute nach Frankreich und England die drittgrößte jüdische Gemeinde in Europa (Mertens 1993; Harris 1999; Weiss 2002).

Seit der Nachkriegszeit bis 1999 hat es insgesamt beträchtliche Zuwanderungen, aber auch Abwanderungen (Nerger-Focke 1995; Freund 2004) im Gebiet der alten Bundesrepublik gegeben: Ungefähr 30 Millionen Menschen zogen seit 1960 zu, aber auch 21 Millionen wieder fort (Beauftragte 2001: 5). Dennoch herrschte bis zu diesem Zeitpunkt die Meinung vor, dass Deutschland kein Zuwanderungsland sei. Diese Haltung war u.a. an den vergleichsweise niedrigen Einbürgerungszahlen von Ausländern bei einem gleichzeitig hohen Ausländeranteil abzulesen. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 leitete dann jedoch einen Paradigmenwechsel in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik ein (Meier-Braun 2002: 93-140; Angenendt/Kruse 2003).

3.2 Entwicklungen seit dem Jahr 2000

Eines der ersten Reformvorhaben der 1998 neu gewählten Bundesregierung war die Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes. Zum 1. Januar 2000 trat ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft, in dem für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern erstmals Elemente des *ius soli* eingeführt wurden. Auch für erwachsene Ausländer wurden die bisherigen Rechtsgrundlagen reformiert, u.a. mit einer Verkürzung der notwendigen Aufenthaltsdauer und der Einführung eines Sprachtests im Einbürgerungsverfahren. Mit dieser Gesetzesänderung wurde ein seit langer Zeit offensichtlicher Problembereich in der rechtlichen Integration von Zuwanderern in Deutschland angegangen (Hailbronner 2001).

Auf diesen Schritt folgte am 3. März 2000 die Green Card-Initiative von Bundeskanzler Schröder, mit der die Beschäftigung hoch qualifizierter ausländischer IT-Fachkräfte in Deutschland ermöglicht werden sollte. Die entsprechende Verordnung trat am 1. August 2000 in Kraft. Das Ergebnis der sich daran anschließenden öffentlichen Diskussion mit der Abkehr von der Position „Deutschland ist kein Zuwanderungsland“ und der Einsicht „Deutschland braucht Zuwanderung“ kann als Paradigmenwechsel in der deutschen Migrationspolitik bezeichnet werden. Die Einsetzung der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ am 12. September 2000 durch Bundesinnenminister Otto Schily war schließlich entscheidend für das Vorkommen der fachlichen und politischen Auseinandersetzung mit diesem umstrittenen gesellschaftspolitischen Thema.

Die Kommission legte im Juli 2001 ihren Bericht vor, in dem Zuwanderung und die Integration von Migranten in der Bundesrepublik in umfassender Weise analysiert wurden. Darauf aufbauend wurde noch im gleichen Jahr der Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz erarbeitet, der unter anderem die Auswahl von Neuzuwanderern nach einem Punktesystem vorsah (Unabhängige Kommission 2001). Das Gesetz trat zunächst am 1. Juli 2002 in Kraft, wurde jedoch im Dezember desselben Jahres durch das Bundesverfassungsgericht wegen

eines Formfehlers für nichtig erklärt. Daraufhin brachte die Bundesregierung den Entwurf in unveränderter Form wieder in den Gesetzgebungsprozess ein. Es folgte ein langwieriger Verhandlungsprozess mit der Opposition, in dessen Verlauf das Punktesystem von der Agenda genommen wurde und Sicherheitsfragen – vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA – eine deutlich stärkere Rolle spielten als bei den ersten Beratungsrunden. Bundestag und Bundesrat stimmten dem veränderten Zuwanderungsgesetz schließlich im Juli 2004 zu. Es trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Eine wesentliche institutionelle Veränderung fand bereits im Jahr 2004 statt, nämlich die endgültige Umwandlung des bisherigen Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in eine zentrale Migrations- und Integrationsbehörde. Im „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ wird damit erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine Vielzahl von Fachaufgaben für die Steuerung von Migration und Integration gebündelt. Zudem wurde 2003 ein Sachverständigenrat für Migration und Integration (Zuwanderungsrat) eingerichtet, der Ende 2004 ebenfalls ein Gutachten zu Migration und Integration vorlegte (Sachverständigenrat 2004).⁷

Mit der Zuwanderung von ausländischen IT-Fachkräften gemäß der Green Card-Verordnung ist ab dem Jahr 2000 eine neue Art der „Elitenmigration“ nach Deutschland entstanden (Kolb 2004; vgl. Kapitel 4.1.4). Durch das Zuwanderungsgesetz können weitere Selbstständige und hoch qualifizierte Arbeitskräfte auch außerhalb der IT-Branche zuwandern. Daneben existieren weiterhin die gleichen Migrationsformen, wie sie oben erwähnt sind (vgl. Kapitel 3.1). Dazu kommt ein Anteil illegaler Migration mit unbekannter Größenordnung (Schönwälder et al. 2004). Bei der EU-Binnenmigration bleibt abzuwarten, wie sich der am 1. Mai 2004 erfolgte Beitritt der zehn neuen Staaten auswirken wird. Für die rund 74,5 Millionen Bürger der

⁷ Das Bundesinnenministerium hat den Erlass vom 2. April 2003, mit dem der Zuwanderungsrat errichtet worden war, am 22. Dezember 2004 mit Wirkung zum 31. Dezember 2004 aufgehoben.

neuen Mitgliedsländer gelten Übergangsregelungen bis zu sieben Jahren, bis die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wird.

4 Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft

4.1 Wirtschaft

4.1.1 *Steuern, Renten und Auswirkungen auf das Sozialversicherungssystem*

Die ablehnende Einstellung gegenüber Zuwanderern, die in den letzten zehn Jahren in den meisten industrialisierten Ländern offenkundig war, äußert sich oft als die Angst vor den negativen Auswirkungen von Zuwanderern auf die wirtschaftliche Situation der einheimischen Bevölkerung. Zuwanderer werden häufig als eine Belastung für die öffentlichen Haushalte betrachtet, da sie angeblich einerseits weniger Steuern und Beiträge zahlen und andererseits aber mehr Sozialleistungen und staatliche Güter sowie andere Leistungen in Anspruch nehmen. Zudem sind die möglichen positiven, indirekten Fiskaleffekte der Zuwanderung durch makroökonomische Auswirkungen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Änderungen bei Höhe und Wachstum des BSP und bei Leistungen an und beim Einsatz von einheimischen Arbeitskräften und einheimischem Kapital herbeiführen, der Öffentlichkeit schwierig zu vermitteln. In der einschlägigen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur findet sich für diese negative Einstellung gegenüber Zuwanderern wenig Unterstützung. Die meisten empirischen Studien, insbesondere aus den USA und Großbritannien, deuten darauf hin, dass Zuwanderer insgesamt einen positiven Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen in diesen Volkswirtschaften leisten (siehe z.B. Lalonde/Topel 1997, Smith/Edmonson 1997 für die USA; Gott/Johnston 2002 für Großbritannien).

Empirische Studien für Deutschland fokussieren hauptsächlich auf die direkten Fiskaleffekte der Zuwanderung. Unter Verwendung von Daten aus dem Sozio-Ökonomischen Panel für 1984 schätzte Ulrich

(1994) geleistete Steuerzahlungen und erhaltene Sozialleistungen bei Einheimischen und Zuwanderern. Trotz der Tatsache, dass Zuwanderer weniger Steuern zahlen als Deutsche, war ihr Fiskaleffekt für die öffentlichen Haushalte in Deutschland im Jahr 1984 positiv. Das kann auf die hohen Nettobeiträge der Zuwanderer zur Rentenversicherung zurückgeführt werden. Gleichzeitig nehmen Zuwanderer aber überproportional Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Kindergeld in Anspruch.

In einer Studie zu den weit reichenderen ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung schätzten Loeffelholz und Köpp (1998) den indirekten Fiskaleffekt von Zuwanderern ein. Unter Verwendung von Makrodaten zu Einkommen, Beschäftigung, Bildung und anderer relevanter sozioökonomischer Kenndaten kommen sie zu dem Ergebnis, dass Zuwanderer einen Nettobeitrag von 25 bis 35 Milliarden DM pro Jahr zu den öffentlichen Haushalten leisten. Dazu kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass durch Zuwanderung seit 1988 85.000 neue Stellen geschaffen wurden und sich die Wachstumsrate des BSP um 1,3 Prozent erhöhte.

Diese Ergebnisse liefern eine einmalige Momentaufnahme des Fiskaleffekts des gegenwärtigen Zuwandererprofils. In den Kalkulationen sind folglich der Konsum öffentlicher Güter und Leistungen bei den Transfers und die sich wandelnde Struktur bei Beiträgen und Transfers an Zuwanderer auf Grund der sich ändernden Altersstruktur nicht enthalten. Sinn et al. (2001) versuchten, dieses Manko auszugleichen und untersuchten den Nettofiskaleffekt der Zuwanderung nach Deutschland unter der Annahme, dass Transfers und Beiträge von Zuwanderern innerhalb ihres Lebenszyklus variieren. Bei ihren Kalkulationen berücksichtigen sie nicht nur derzeitige, sondern auch zurückgestellte Sozialleistungen wie etwa Renten- und Pflegeversicherung bei den Transfers. So sind Zuwanderer bei der Renten- und Pflegeversicherung Nettozahler und stellen bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung eine Belastung dar. Im Gegensatz zu den anderen Studien stellen Sinn et al. fest, dass die Nettobeiträge von Zuwanderern zum deutschen Sozialversicherungssystem 1997

negativ waren. Nur Zuwanderer, die seit mehr als 25 Jahren in Deutschland leben, leisteten mit einem Pro-Kopf-Beitrag von 1.670 DM mehr zum Sozialversicherungssystem als sie in Anspruch nahmen. Die Autoren interpretieren diese Ergebnisse als Beweis für die Assimilationshypothese, nach der die Abhängigkeit von Zuwandererhaushalten von Sozialleistungen mit zunehmender Aufenthaltsdauer abnimmt.⁸

Dennoch sollten diese Ergebnisse nach Bonin (2002) mit Vorsicht betrachtet werden: Erstens unterschätzt die Kalkulation zukünftiger Transfers als Gegenwartswert die Beiträge von Zuwanderern und zweitens berücksichtigen die Schätzungen zwar alle staatlichen Ausgaben, aber nur 70 Prozent des Steueraufkommens. Auf der Basis einer vollständigen Bilanz der von Einheimischen und Zuwanderern über ihren Lebenszyklus geleisteten Steuern und empfangenen Transfers und unter Berücksichtigung marginaler Bereitstellungskosten zeigt Bonin, dass Zuwanderung einen positiven Effekt auf das intertemporale Staatsbudget hat. Weiter heißt es in der Studie, dass durch Zuwanderung die Last der zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland notwendigen Erhöhung der Steuerbelastung des Einzelnen entscheidend reduziert werden kann. Damit wird ein weiteres wichtiges Thema in der Debatte zur Zuwanderungspolitik in entwickelten Ländern angesprochen.

Wie andere industrialisierte Länder sieht sich auch Deutschland mit dem Problem einer alternden Bevölkerung konfrontiert. Der steigende Altersquotient beziehungsweise Alterslastenquotient (Anzahl der wirtschaftlich abhängigen Personen pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter) belastet das Sozialversicherungssystem und droht eine gravierende Rentenkrise herbeizuführen. Der Altersquotient lag 1998 in Deutschland bei 41,9 und es wird geschätzt, dass er bis 2050 107,7 erreichen wird. Wegen der jüngeren Altersstruktur

⁸ Dies entspricht den Ergebnissen anderer Studien, z.B. Riphahn 1998 und Fertig/Schmidt 2001.

bei Zuwanderern wird erwartet, dass sie das rückläufige Wachstum der erwerbstätigen Bevölkerung auffangen und daher sowohl den Altersquotient reduzieren als auch angelernte Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, die für die alternde Bevölkerung sorgen (siehe United Nations 2000 und 2002). Dass Migration langfristig zum Aufhalten des Anstiegs des Altersquotienten führt, kann nicht nachgewiesen werden (DeVoretz 2004). Selbst mit einer Nettozuwanderung von 250.000 pro Jahr wird geschätzt, dass die deutsche Bevölkerung von derzeit 82 Millionen (Birg 2000) auf 66,1 Millionen im Jahr 2050 und 50 Millionen im Jahr 2100 zurückgehen wird. Auch bei Zuwanderern wird ein Anstieg des Altersquotienten von 10 im Jahr 1998 auf 56,9 im Jahr 2050 erwartet. Wenn Zuwanderer das Rentenalter erreichen, stellen sie eine zusätzliche Belastung für das Rentenversicherungssystem dar. Riphahn (1998) ermittelte, dass sich der Ausländeranteil an Sozialleistungsempfängern von 8,3 Prozent im Jahr 1980 auf 23,5 Prozent im Jahr 1996 bei nur geringfügigem Anstieg des Ausländeranteils an der Bevölkerung im gleichen Zeitraum – von 7,2 auf 8,9 Prozent – erhöhte. Abgesehen davon stellt Birg (2000) fest, dass die Geburtenrate von Zuwanderern, obwohl über der der einheimischen Bevölkerung, unter dem Wert von 2,1 Kindern pro Frau liegt, der notwendig wäre, um die Bevölkerung Deutschlands auf dem gleichen Stand zu halten. Wir können daher die Schlussfolgerung ziehen, dass Zuwanderung das Problem einer alternden Bevölkerung zwar entschärfen kann, aber keinen vollständigen Ersatz für andere Strategien und Maßnahmen darstellt, die zur Beeinflussung der demographischen Entwicklung notwendig sind.

Nicht nur die individuellen Charakteristika von Zuwanderern bestimmen die Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme der Zielländer, sondern auch die gesetzlichen Bestimmungen, die einen Anspruch auf den Transfer von Sozialleistungen begründen und die Möglichkeit zu arbeiten regeln. So liegt die Inanspruchnahme von Sozialleistungen bei Zuwanderern, die aus humanitären Gründen zugewandert sind (Asylbewerber), wesentlich über der anderer Zu-

wanderer. Zudem ist der Fiskaleffekt bei diesen eher negativ, da sie im Gegensatz zu anderen Zuwanderern nicht arbeiten dürfen und damit ihre Fertigkeiten und Erfahrungen nicht voll nutzen können (Glover et al. 2001). In jüngeren Studien wird betont, dass eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration den entscheidenden Faktor beim Fiskaleffekt von Zuwanderern darstellt (Bauer 2002; Bonin 2002).

Etwas allgemeiner betrachtet gibt es auch Bedenken, dass Zuwanderung eine Erosion der europäischen Sozialversicherungssysteme herbeiführen könnte. Befürchtungen, dass Zuwanderer und Asylbewerber sich ihr Zuwanderungsland nach den besten Sozialleistungen aussuchen, haben zu Vorschlägen geführt, die europäischen Sozialversicherungssysteme zu harmonisieren, um ein „Race-to-the-bottom“ bei den Sozialversicherungen und die Erosion der europäischen Sozialversicherungssysteme zu verhindern (Sinn 2002).

4.1.2 Zuwanderer und der Arbeitsmarkt

Die Auswirkung der Globalisierung auf den Arbeitsmarkt in den europäischen Ländern hat sich in der öffentlichen Debatte zu einem wichtigen Thema entwickelt. Es bestehen Bedenken, dass entweder Arbeitsplätze in Billiglohnländer exportiert werden, Zuwanderer einheimische Arbeitnehmer im Zielland ersetzen oder das Lohnniveau vor Ort gesenkt wird (DeVoretz 2004). Nach der Handelstheorie reduziert die Mobilität von Produktionsfaktoren die Erträge des importierten Faktors und erhöht die Erträge für die anderen Faktoren. Demnach sollten beispielsweise hoch qualifizierte Zuwanderer das Gehaltsniveau bei hoch qualifizierten Arbeitskräften nach unten drücken (da jetzt ein größeres Angebot an hoch Qualifizierten vorliegt) und die Erträge für Kapital und gering Qualifizierte erhöhen. Ein wichtiges Thema bei der Diskussion über die Auswirkungen von Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt ist die Frage, ob Einheimische und Ausländer substituierbar sind oder ob die ausländischen Arbeitskräfte und die Einheimischen sich bei der Produktion komplementär verhalten.

Empirische Studien zum Lohneffekt von Zuwanderung fanden für die Hypothese, dass sich die Zuwanderung stark und negativ auf einheimische Arbeitskräfte auswirkt, keine Beweise.⁹ Im Vergleich zu Studien aus den Vereinigten Staaten ist der empirische Beleg für die europäischen Arbeitsmärkte relativ spärlich und nicht eindeutig (für einen Überblick über die Studien für Deutschland siehe Bauer/Zimmermann 1999). Mit überwältigender Mehrheit kommen die empirischen Studien zu dem Schluss, dass Zuwanderung keinen oder nur einen sehr geringen negativen Lohneffekt hat und sich in manchen Fällen sogar positiv auswirkt. In der Tat stellen die meisten Studien für Deutschland insgesamt einen positiven Lohneffekt für die Einheimischen fest. Dennoch deuten die empirischen Ergebnisse angesichts der Tatsache, dass es sich bei den meisten Zuwanderern nach Deutschland um gering qualifizierte Arbeiter handelt, darauf hin, dass die einheimischen Arbeiter durch Zuwanderung in Bezug auf niedrigere Löhne und höhere Arbeitslosigkeit schlechter gestellt sind. DeNew und Zimmermann (1994a) stellen fest, dass ein 1%iger Anstieg bei der Beschäftigung von Gastarbeitern den Stundenlohn einheimischer Arbeiter um 0,45% verringert, während sich die Gehälter von Angestellten um 0,12% erhöhten. Eine weitere Studie von DeNew und Zimmermann (1994b) stellt einen Rückgang bei den Löhnen einheimischer Arbeiter von 0,16% als Folge einer 1%igen Erhöhung des Beschäftigungsanteils von Gastarbeitern fest. Die weitere Disaggregation gering qualifizierter Arbeiter hat gezeigt, dass Arbeiter mit über 20 Jahren Arbeitsmarkterfahrung weniger von Zuwanderung betroffen sind, da sie nicht einfach durch Zuwanderer substituiert werden können (Haisken-DeNew/Zimmermann 1995).

Mit einer Analyse mit Hilfe einer Einkommensfunktion und der Untersuchung von Änderungen bei Lohnniveau und Ausländeranteil im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung stellen Pischke und Velling (1997) einen positiven und wesentlichen Lohneffekt der Zuwanderung fest. Hatzius (1994) konstatiert mit einem ähnlichen Modell,

⁹ Für einen Überblick über Studien für die USA siehe Borjas 1994.

dass ausländische Gastarbeiter einen beträchtlichen Negativeffekt auf die Löhne der Einheimischen haben, während die Zuwanderung ethnischer Deutscher aus Osteuropa ohne Auswirkungen auf die einheimischen Löhne bleibt. Im Kontext der Ost-Erweiterung der Europäischen Union prognostizieren Sinn et al. (2001) einen besonders starken Druck auf die Löhne und die Beschäftigung gering qualifizierter Arbeiter in der weiterverarbeitenden und der Bauindustrie.

Mehrere Faktoren können den geringen Lohneffekt von Zuwanderungen in empirischen Studien erklären. Erstens berücksichtigen die meisten Studien die so genannte „räumliche Korrelation“ nicht, d.h. die Zuwanderer sind nicht zufällig über Arbeitsmärkte verstreut, sondern tendieren zu einer Konzentration in den wirtschaftlich erfolgreicherem geographischen Gebieten. Andererseits können Einheimische auf Zuwanderung mit einem Standortwechsel reagieren und dadurch die Auswirkungen einer möglichen Senkung des Lohnniveaus oder der Verdrängung im Arbeitsmarkt über das ganze Land verteilen. Zweitens können sich ausländische Arbeiter nach Zimmermann (1995) in der Tat komplementär zu einheimischen Arbeitskräften verhalten und dadurch die einheimische Produktivität erhöhen, eine zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen schaffen und dazu beitragen, institutionelle Beschränkungen wie etwa Gewerkschaften zu untergraben. Drittens könnten ein starrer Arbeitsmarkt und gesetzliche Mindestlöhne ein Sinken der einheimischen Löhne verhindern. Bei existierenden gesetzlichen Mindestlöhnen oder Sozialleistungsschwellen würde Zuwanderung zu einer höheren Arbeitslosenquote bei den Einheimischen führen. Doch wie bei den Forschungsergebnissen zum Lohneffekt der Zuwanderung deutet die empirische Überprüfung des Beschäftigungseffekts darauf hin, dass Zuwanderung sich nur in einem geringen Maß auf die Beschäftigung auswirkt. Insbesondere die Studien aus Deutschland, die die Periode des Konjunkturaufschwungs in den 1980er Jahren untersuchten, stellen eine positive Korrelation zwischen Zuwanderung und Beschäftigung fest (siehe z.B. Mühleisen/Zimmermann 1994;

Gang/Rivera-Batiz 1994; Pischke/Velling 1997). Andere Studien stellten negative, aber sehr geringe Auswirkungen der Zuwanderung auf regionale Arbeitslosenquoten fest (Winkelmann/Zimmermann 1994; Velling 1995).

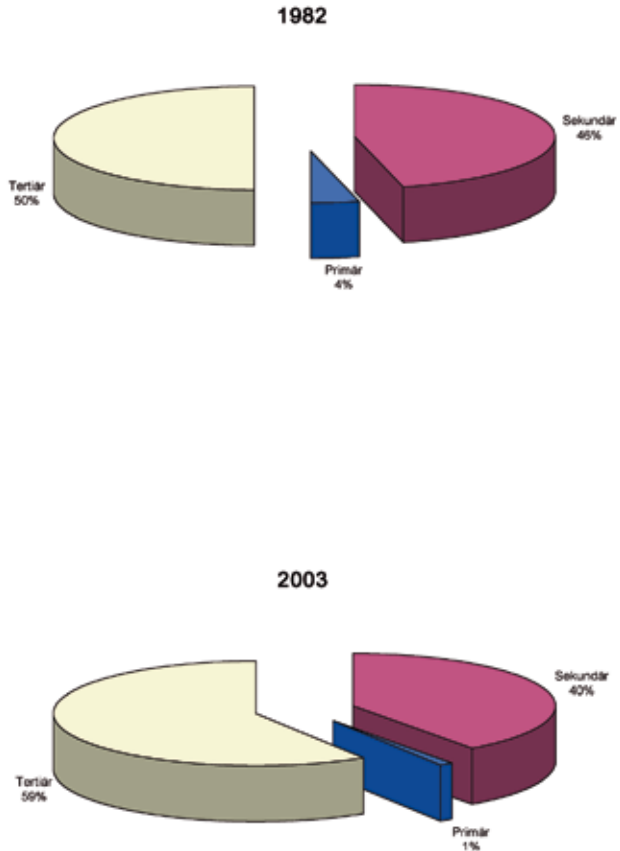
Allgemein werden in Perioden mit starkem Wirtschaftswachstum weniger Zweifel bezüglich Zuwanderung geäußert. Deutschland in den 1960er bis 1970er Jahren ist eines der herausragendsten Beispiele. Ohne die Beschäftigung junger, motivierter Gastarbeiter wäre das Wirtschaftswachstum jener Jahre nicht in demselben Maß möglich gewesen – zumindest nicht ohne wesentlich höhere Inflationsraten bzw. das Verlagern der Produktion ins Ausland (Stalker 2000). Selbst in den Jahren, in denen nicht mehr aktiv Arbeitskräfte angeworben wurden, wurde argumentiert, dass ein Anstieg der Beschäftigung in Deutschland um ca. 3 Millionen zwischen 1983 und 1991 ohne Zuwanderung nicht möglich gewesen sei und der Anstieg des BSP wesentlich niedriger ausgefallen wäre (Mehrländer 1994). Nach den auf dem ökonometrischen Konjunkturmodell des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI) basierenden Kalkulationen lag das BSP 1992 fast 6% höher als ohne Zuwanderung. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BSP lag im Zeitraum 1988 bis 1992 bei 3,5% mit Zuwanderung und bei ca. 2% ohne Zuwanderung. Durch die Beschäftigung von durchschnittlich 1,4 Millionen Zuwanderern im Jahr 1992 (4,8 Prozent aller Beschäftigten) wurden 90.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die anfängliche Belastung des Arbeitsmarkts hatte sich ins Gegenteil verkehrt: Ohne Zuwanderung hätte die Arbeitslosenquote 1992 um 0,2 Prozent höher gelegen, das entspricht etwa 60.000 Arbeitslosen mehr. Das aus der Zuwanderung resultierende stärkere Wirtschaftswachstum bedeutete entsprechend höhere Einkommen. Die Einkommen von Arbeitgebern lagen 1992 um fast 10% über dem Einkommen ohne Zuwanderung, während die Einkommen von Arbeitnehmern sich um ca. 5% erhöhten. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen blieb jedoch nahezu unverändert (Gieseck et al. 1995).

4.1.3 Die Auswirkungen der Zuwanderung auf spezielle Wirtschaftssektoren

Insgesamt gesehen haben Zuwanderer einen geringen Gesamteffekt auf die Löhne und Beschäftigung Einheimischer, obwohl sie einen stärkeren Effekt auf verschiedene Untergruppen von Einheimischen haben können. Von entscheidender Bedeutung für die Bewertung der Auswirkungen von Zuwanderern ist das Wissen, in welchen Branchen Zuwanderer tätig sind. Wie Abbildung 1 zeigt, waren im Jahr 2003 nahezu 60% der Zuwanderer im Tertiärsektor tätig. Ein hoher Anteil war auch in der verarbeitenden und Bauindustrie beschäftigt. In den letzten 20 Jahren ist eine Verschiebung der sektoralen Verteilung zugewanderter Arbeitskräfte zum Tertiärsektor festzustellen. Seit 1997 arbeiten mehr Zuwanderer in Dienstleistungsbranchen als in der verarbeitenden Industrie (Datendienst Migration 2004). Der niedrige Anteil von Zuwanderern bei Dienstleistungen, die eine hohe Qualifikation erfordern (z.B. Kredit- und Versicherungswesen, Erziehung), deutet darauf hin, dass Ausländer Stellen annehmen, die geringere Qualifikationen erfordern (z.B. Gastronomie, Wäscherei- und Reinigungsdienste) (van Suntum/Schlotböller 2002).

Abbildung 1:

Sektorale Verteilung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen, basierend auf Datendienst Migration 2004.

4.1.4 Hoch qualifizierte Zuwanderer

Auf lange Sicht stellt der Beitrag hoch qualifizierter Zuwanderer zum nutzbaren Wissensbestand einer Gesellschaft den wichtigsten wirtschaftlichen Effekt von Zuwanderern dar. Seit den bahnbrechenden Werken von Paul Romer (1986, 1987 und 1990) und Robert Lucas (1988) wird die Zuwanderung von qualifizierten Personen für die Dynamik des Wirtschaftswachstums als stimulierend bewertet. Nach der „Neuen Wachstumstheorie“ „erzeugt die Kumulation von Humankapital positive Wissensexternalitäten, die sich über die Wirtschaft, in der sie auftreten, hinaus ausbreiten, und daher verzeichnen Länder mit einem hohen Grad an Humankapital ein schnelleres Wachstum“ (Straubhaar 2000). Saxenian (2002) hat aufgezeigt, dass die mit der Zuwanderung von hoch Qualifizierten assoziierten Externalitäten über die allgemeine Effizienz von Marktpreis, Arbeitskraft und Kapital hinausgehen und sich zunehmend in den wachsenden Netzwerken für Technologie und Unternehmertum in und zwischen den Absender- und Empfangsländern widerspiegeln.

Neuere Studien zum ökonomischen Nutzen der Zuwanderung unterscheiden zwischen den Auswirkungen von qualifizierten und unqualifizierten Zuwanderern auf ihre Zielländer (siehe z.B. Hamermesh 1993; Borjas 1995; Levine et al. 2003). Im Kontext der EU-Erweiterung stellen Bauer und Zimmermann (1999) fest, dass ein Anstieg der EU-Beschäftigung um ein Prozent in einem Gesamtzuwachs des BSP der EU von 0,64% bei einer Zuwanderung von Arbeitern resultiert und von 0,75% des BSP der EU bei einer Zuwanderung von hoch qualifizierten Zuwanderern. Simulationen für Deutschland deuten auf einen Anstieg von 0,77% des BSP im Jahr 1993 hin bei einem Anstieg von 1% bei den Erwerbstätigen durch die Migration von hoch qualifizierten Mittel- und Osteuropäern.

Das Hauptargument der Gegner einer Zuwanderung von hoch Qualifizierten ist die Möglichkeit, dass durch die Einreise ausländischer Wissenschaftler und Ingenieure die Gehälter einheimischer Ingenieure und Wissenschaftler reduziert werden könnten (North 1995).

Des Weiteren glaubt man, dass der Einsatz ausländischer qualifizierter Kräfte einheimische Studenten aus den besten Universitäten verdrängen könnte und weniger Anreiz bestünde, Einheimische auszubilden (Gover/Huray 1998; Regets 2001). Obwohl die Vorteile der Zuwanderung von Wissenschaftlern in einer Gesellschaft weit gestreut sind, werden die Kosten von einer kleinen Gruppe, nämlich den einheimischen Wissenschaftlern, getragen (Freeman 1997). Dadurch könnte wiederum der Anreiz für Einheimische, Qualifikationen zu erwerben, reduziert werden. Bei empirischen Belegen aus den USA findet sich für solche Argumente gegen die Zuwanderung keine Unterstützung (Regets 1997).

Wie auch immer die Pro- und Kontra-Argumente in Bezug auf hoch qualifizierte Zuwanderer lauten mögen, Hauptzuwanderungsländer wie die USA, Kanada und Australien konkurrieren um diese Zuwanderer (Cobb-Clark/Connolly 1997). Im Sommer 2000 startete die deutsche Bundesregierung auf Initiative des Industrieverbandes BITKOM das so genannte „Green Card“-Programm mit dem Ziel, IT-Spezialisten aus Ländern außerhalb der EU eine Arbeitserlaubnis in Deutschland zu erteilen. Die Green Card ermöglichte dem Halter eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis und seiner Familie eine Aufenthaltserlaubnis von bis zu fünf Jahren. Trotz der ursprünglichen Behauptungen, dass es 75.000 freie Stellen für Computerprogrammierer und Ingenieure gäbe, haben deutsche Arbeitgeber nicht so viele Green Cards wie erwartet beantragt: In den ersten drei Jahren des Programms nahmen geschätzte 15.000 IT-Spezialisten das Angebot aus Deutschland an, zum Großteil aus Indien und Osteuropa. Das Platzen der IT-Blase und der allgemeine Konjunkturrückgang der letzten Jahre wirkten sich auch auf die Inhaber von Green Cards aus. In einer Konkurs- und Entlassungswelle verloren viele ihre Arbeitsplätze. In München, einer Großstadt mit einer starken Konzentration von Technologiefirmen, wurde jeder siebte Green Card-Inhaber arbeitslos (Schreyer/Gebhardt 2003).

Trotz der derzeitigen Schätzungen, dass ein erheblicher Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften in den Arbeitsmärkten der EU

und Deutschlands besteht (siehe z.B. Booz Allen Hamilton 1998; RWI 2000), sind in Deutschland immer noch Tausende von „Green Cards“ erhältlich. Mögliche Erklärungen dafür sind u.a.:

- die Unwilligkeit deutscher Arbeitgeber, Ausländer mit mangelnden Deutschkenntnissen einzustellen;
- negative Einstellung gegenüber Zuwanderern im Allgemeinen;
- die Beschränkung der Green Card auf IT-Spezialisten;
- die Begrenzung des Aufenthalts auf fünf Jahre und Abschreckung potenzieller Zuwanderer durch die Wahrnehmung, dass in Deutschland Rechtsextremismus existiert (Welsch 2001);
- bessere Angebote von anderen Zuwanderungsländern (USA, Kanada, Australien, Großbritannien etc.).

4.1.5 *Zuwanderer als ethnische Unternehmer*

Lange Zeit wurden Zuwanderer in hoch entwickelten Volkswirtschaften als „Arbeiter“ betrachtet, die in erster Linie als Anbieter von billiger, gering qualifizierter Arbeitskraft dargestellt wurden. In der letzten Zeit richtete sich das Augenmerk mehr auf Zuwanderer, die sich selbstständig machen. Selbstständige oder zugewanderte Unternehmer haben in der gesamten westlichen Welt Firmen gegründet und prägen die kosmopolitische Atmosphäre vieler hoch entwickelter Volkswirtschaften (Kloosterman/Rath 2003). Die Selbstständigkeit von Zuwanderern bringt wichtige sozioökonomische Vorteile sowohl für die direkt an diesem Prozess Beteiligten als auch für die Zuwanderergemeinde und das Gastgeberland des Zuwanderers.

Erstens schaffen die zugewanderten Unternehmer durch ihre Firmengründungen ihre eigenen Arbeitsplätze. Dadurch können sie einige der Barrieren überwinden, auf die sie bei der Suche nach einem Arbeitsplatz stoßen könnten, wie etwa ein Mangel an Qualifikation oder deren Nichtanerkennung, mangelnde Sprachkenntnisse, ungenügender Zugang zu relevanten gesellschaftlichen Netzwerken oder einfach Diskriminierung durch die Arbeitgeber vor Ort.

Zweitens, wenn sie erfolgreich sind, können Zuwandererunternehmen Arbeitsplätze für andere Zuwanderer und Einheimische schaffen. Im Jahr 1999 lag die Anzahl der selbstständigen Ausländer in Deutschland bei über 263.000 und es wurde geschätzt, dass von ihnen etwa 780.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden (Unabhängige Kommission Zuwanderung 2001). Diese Zahl hat sich in den zehn Jahren seit 1987 mehr als verdoppelt (Beauftragte 2000). Bei einer Umfrage unter 427 Zuwandererunternehmen in Hamburg wurde festgestellt, dass im Durchschnitt 31 Prozent der Mitarbeiter Familienmitglieder sind. Dazu gab die Mehrzahl der ethnischen Unternehmer an, dass sie vor allem ihre verwandten Ethnien beschäftigen (Burgbacher 2004). Das Zentrum für Türkeistudien berichtet, dass das gesamte Investitionsvolumen türkischer Unternehmen 1992 bei etwa 7,8 Milliarden DM und der gesamte Jahresumsatz bei etwa 28 Milliarden DM lagen (Zentrum für Türkeistudien 1992).

Drittens bieten Zuwandererunternehmen sehr häufig Güter und Dienstleistungen an, die einheimische Unternehmen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht im Angebot haben. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen können die zugewanderten Unternehmer über ein Spezialwissen zu einer spezifischen Nachfrage nach oder zu spezifischen Bezugsquellen für ausländische Produkte verfügen, und zum anderen können die langen Arbeitszeiten bei niedrigen Löhnen einheimische Unternehmer von bestimmten Geschäftszweigen fern halten. Zugewanderte Unternehmer können so das Angebot an Gütern und Dienstleistungen in einem Land erweitern und dadurch die Auswahl für den Konsumenten vergrößern. Auf indirekte Art kann dies einheimischen Unternehmern zugute kommen, da sie mehr auf Aktivitäten fokussieren, bei denen sie über komparative Vorteile verfügen (The Economist 2002).

Aus einer räumlichen Perspektive betrachtet könnten zugewanderte Unternehmer bestimmte Straßen und marginalisierte Viertel in Großstädten wieder zum Leben erwecken. Als Besitzer ortsansässiger Unternehmen haben sie einen klaren Anteil am Wohlstand, an der

Zugänglichkeit und Sicherheit einer Straße und des Viertels. Analog können zugewanderte Unternehmer einen maßgeblichen Beitrag zur Wiederbelebung bestimmter Sektoren leisten (Sassen 2001).

Die unternehmerischen Bemühungen von Zuwanderern konzentrierten sich in Deutschland vor allem auf Lebensmittelgeschäfte und Restaurants. Tatsächlich waren 28 Prozent der im Jahr 1992 in Deutschland registrierten 55.000 Restaurantbesitzer Ausländer (Loeffelholz et al. 1994). Dieser hohe Anteil deutet darauf hin, dass die Restaurants auch deutsche Kunden bedienen. Es wurde ermittelt, dass die türkische Spezialität Döner Kebab, die in Berlin erfunden wurde, einen größeren Umsatz als die Hauptwettbewerber McDonalds oder Burger King erzielt (Seidel-Pielen 1996). Die zweitwichtigste ökonomische Aktivität von Zuwanderern liegt im Einzelhandel: Nahrungsmittel, Lebensmittelgeschäfte, Gemüsestände etc. Fast 20 Prozent aller selbstständigen Ausländer betreiben solche Einzelhandelsgeschäfte (43.000). Ausländische Unternehmen finden sich zudem in der verarbeitenden Industrie (7,5 Prozent) und der Bauindustrie (5,5 Prozent) (Wilpert 2003). In den lukrativeren Sektoren und den Sektoren, in denen höhere Qualifikationen erforderlich sind, gab es für ausländische Firmenbesitzer bisher noch Beschränkungen, da in vielen Bereichen ein Meisterbrief erforderlich ist. Wie Goldberg und Sen (1997) berichten, steigt der Ausländeranteil auch in diesen Sektoren, was sie mit der Tatsache erklären, dass junge Ausländer, die in Deutschland ausgebildet wurden, in diese Nischenmärkte eintreten.

Bezüglich der Größe der Zuwanderergemeinde deuten Trends darauf hin, dass der ausländische Bevölkerungsteil mit dem größten Potenzial für Selbstständigkeit türkischer Herkunft ist. Trotz des Eindrucks, dass es sich bei aus der Türkei stammenden Personen häufig um Unternehmer handelt, liegt der Anteil der Selbstständigen bei Türken niedriger (5 Prozent) als bei den kleineren Gruppen von Griechen (18,8 Prozent) und Italienern (13,5 Prozent). Sehr wahrscheinlich ist, dass eine strengere Behandlung von nicht aus der EU stammenden

den Ausländern beim Zugang zur Selbstständigkeit die Verzögerung der Entwicklung eines Unternehmertums unter Türken verursacht hat. Trotzdem nahm die Selbstständigkeit bei Türken und Deutschen in den 1990er Jahren im Gegensatz zu anderen ethnischen Gruppen stetig zu. Es wurde extrapoliert, dass bei Fortsetzung dieses Trends der Anteil der Selbstständigkeit bei Türken im Jahr 2010 neun Prozent erreichen wird. Der Umfang des potenziellen Kundenkreises von Türken in Deutschland stützt die Ansicht, dass das türkische Unternehmertum weiter wachsen wird (Goldberg/Sen 1997).

4.1.6 Auswirkungen von Zuwanderung auf Exporte und Importe

Obwohl beim internationalen Handel in der Nachkriegszeit proportional zum Welt-BSP ein Zuwachs zu verzeichnen ist, verbleibt der grenzüberschreitende Handelsverkehr auf einem wesentlich niedrigeren Niveau als es in einer vollständig integrierten Weltwirtschaft der Fall wäre. Mit dem Abbau der meisten internationalen Handelsbarrieren erweist sich das Anfallen von Transaktions- und Transportkosten als die vorherrschende Erklärung, warum Handel zum Großteil innerhalb nationaler Grenzen erfolgt. Wenn Transaktionskosten den internationalen Handel behindern, könnten Zuwanderer eine Rolle als Handelsvermittler spielen. Nach der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur beeinflussen Zuwanderer den bilateralen Handelsverkehr über zwei Kanäle:

- Erstens bringen Zuwanderer ihre Präferenzen für Produkte aus ihren Heimatländern mit, womit eine Nachfrage nach einer gewissen Vielfalt an ausländischen Produkten geschaffen wird. Dieser Effekt ist in einer stärkeren Ausprägung zu erwarten, da die Produkte differenziert und die Zuwanderergemeinden relativ groß sind (Rauch/Trinidad 1999).
- Zweitens können die Zuwanderer die Transaktionskosten des bilateralen Handels mit ihren Heimatländern reduzieren. Sie sind mit lokalen Sitten und Gebräuchen, Gesetzgebung, Sprache und Geschäftspraktiken vertraut. Mit ihren Beziehungen zu ihren

Heimatländern könnten sie niedrigere Kosten beim Außenhandel realisieren; es ist daher wahrscheinlich, dass sie eher geneigt sind, internationalen Handel zu treiben als Einheimische.

Empirische Studien, die den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und internationalem Handel untersuchen, wurden erst kürzlich durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen eine positive Korrelation zwischen Zuwanderung und dem Handel mit den Heimatländern der Zuwanderer (siehe z.B. Gould 1994 und Dunlevy/Hutchinson 1999 für die USA; Head/Ries 1998 für Kanada). Daten für europäische Länder wurden kürzlich von Girma und Yu (2002) für Großbritannien und von Blanes Cristóbal (2004) für Spanien vorgelegt. Girma und Yu finden Unterstützung für die These, dass Zuwanderer den bilateralen Handel zwischen Großbritannien und ihren Heimatländern durch ihre Kenntnis der Märkte und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen, durch geschäftliche Beziehungen oder persönliche Kontakte fördern. Mit der gleichen Methodik stellt Blanes Cristóbal ähnliche Ergebnisse für Spanien fest. Eine 10%ige Erhöhung beim Zuwandererbestand trägt zu einem Anstieg von 2,3% bei den spanischen Exporten bei. Überraschenderweise gibt es keinen Beweis für eine positive Auswirkung auf Importe. Beide Studien deuten darauf hin, dass die Reduzierung der Transaktionskosten keinen individuellen Charakter hat, sondern mehr auf die Kenntnis ausländischer Märkte und unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen zurückzuführen ist, die von der Gruppe der Zuwanderer mit eingebracht wird. Damit wird impliziert, dass die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Struktur und das Volumen des Handelsverkehrs umso größer sind, je größer die kulturellen Unterschiede zwischen Zuwanderern und Einheimischen ausfallen.

4.1.7 *Zuwanderer als Konsumenten und Rücküberweisungen (Remittances)*

Wie oben angeführt gehört zu den Kanälen, durch die Zuwanderer auf den internationalen Handelsverkehr Einfluss nehmen können, dass sie Präferenzen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen mit sich bringen und dadurch eine Nachfrage nach Gütern aus ihren Heimatländern schaffen. Zu Volumen und Verhaltensmustern beim Konsum von Zuwanderern ist jedoch wenig bekannt. Das Zentrum für Türkeistudien schätzte auf der Basis einer Umfrage unter türkischen und deutschen Haushalten das Gesamtvolumen des Konsums der türkischen Gemeinde in Deutschland auf etwa 10 Milliarden DM im Jahr 1992 (Sen 1994). 45.000 Türken haben entweder eine Eigentumswohnung oder ein Haus in Deutschland erworben.¹⁰ Sie bilden im Immobilien-, Kfz- und Börsenmarkt eine wesentliche Konsumentengruppe und zeigen bei Gebrauchsgütern mehr Interesse als Deutsche. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass türkische Haushalte einen höheren Konsum verzeichnen als deutsche Haushalte (Zentrum für Türkeistudien 1992).

Diese Feststellung steht zum Teil im Widerspruch zu der allgemeinen Erwartung in der einschlägigen Literatur, dass Zuwanderer eine wesentlich höhere Sparquote als Einheimische haben. Diese basiert auf der Erwartung von Zuwanderern, dass ihr zukünftiges Einkommen sinkt, wenn eine positive Wahrscheinlichkeit der Rückkehr in ihre Heimat oder die Erwartung eines höheren Grenznutzens des Konsums in ihren Heimatländern besteht. Zuwanderer überweisen einen Großteil ihrer Ersparnisse an ihre Familien in ihren Heimatländern. Im Jahr 2002 erreichten die Überweisungen von Zuwanderern in ihre Heimatländer einen Gesamtbetrag von 149,4 Milliarden US\$,

¹⁰ Diese Zahl dürfte inzwischen weiter angestiegen sein. Die fünfte Mehrthemenbefragung des Zentrums für Türkeistudien im Jahr 2003 in Nordrhein-Westfalen ergab, dass 28% der befragten türkischstämmigen Migrantinnen über Wohneigentum verfügten (Goldberg/Sauer 2003: 62). Bezogen auf die Gesamtzahl der türkischstämmigen Migrantinnen in NRW, die die Studie mit 836.000 angibt, wären dies bereits rund 234.000 Eigentümer.

übertrafen damit die offizielle Entwicklungshilfe und erzielten 83 Prozent des globalen Volumens an FDI (Foreign Direct Investment) im gleichen Jahr (Straubhaar/Vadean 2004). Während die direkten finanziellen Auswirkungen der Überweisungen auf industrialisierte Länder in der Form von Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen vernachlässigt werden können, wird erwartet, dass die Überweisungen der Zuwanderer eine erhebliche positive Auswirkung auf die Entwicklung in den Empfangsländern der Überweisungen haben. Sie sollen das Wirtschaftswachstum verstärken, Impulse für das Unternehmertum vor Ort geben und die Entwicklungsaussichten allgemein verbessern. Wenn sich dies bewahrheitet, könnten die Überweisungen den Migrationsdruck in armen Ländern mäßigen und so der industrialisierten Welt indirekt zugute kommen, auch wenn die kausalen Beziehungen zwischen Entwicklung und Migration wesentlich komplexer sind.¹¹

4.1.8 Integration, kulturelle Diversität und Wettbewerbsfähigkeit

Lange Zeit reduzierte die wirtschaftswissenschaftliche Literatur zum Thema Migration Zuwanderer auf ihre ökonomischen Merkmale. In der letzten Zeit fokussiert die Literatur aber mehr auf mögliche wirtschaftliche Vorteile und Kosten, die aus den unterschiedlichen Merkmalen und Verhaltensmustern von Zuwanderern und ethnischen Gruppen entstehen. Kulturelle Diversität wird nicht mehr als die Hauptursache für eine „fehlgeschlagene Integration“, sondern eher als ein Vorteil betrachtet, mit dem Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu stärken. Mit der fortschreitenden Integration der globalen Märkte für Güter und Faktoren wird erwartet, dass die

¹¹ Es gibt eine Debatte darüber, in welchem Ausmaß Überweisungen die Volkswirtschaft des Empfängerlandes tatsächlich stärken, da ein größerer Teil des Einkommens für den Konsum und nicht für Investitionen verwendet wird. Trotzdem kann, auch wenn die Überweisungen für den Konsum verwendet werden, der daraus resultierende Multiplikatoreffekt das Sozialprodukt wesentlich erhöhen (siehe Ratha 2003 für Mexiko).

Kenntnis anderer Sprachen, Kulturen, Länder und Regionen künftig an Bedeutung zunimmt.

Alesina und La Ferrara (2003) nennen drei verschiedene Arten, wie sich Diversität auf die Volkswirtschaft auswirken kann:

- Erstens kann Diversität direkt in individuelle Präferenzen einfließen.
- Zweitens kann sich Diversität über ihren Einfluss auf die Strategien von Individuen auf die wirtschaftlichen Ergebnisse auswirken.
- Drittens kann Diversität als Faktor in die Produktionsfunktion mit aufgenommen werden.

Insgesamt gesehen stimmt die wirtschaftswissenschaftliche Literatur in der Bewertung überein, dass Diversität Produktivität, Innovation und Wachstum stärken kann (zu den Auswirkungen verschiedener Formen ökonomischer Diversität siehe z.B. Jacobs 1969; Romer 1990). Wegen der Kommunikationsbarrieren, die durch verschiedene Sprachen und Kulturen verursacht werden, entstehen aus Diversität jedoch auch Kosten (Lazear 1999, 2000). Die Literatur, die die Bedeutung von Institutionen in diesem Kontext untersucht (z.B. Easterly 2001), deutet darauf hin, dass die Umsetzung der wachstumsfördernden Auswirkungen der Diversität eine spezifische Reihe von Regeln oder einen gesetzlichen Rahmen erfordert.

Obwohl offensichtlich ist, dass die Gesamtauswirkungen von Zuwanderung hauptsächlich von der Performanz und dem Erfolg des individuellen Zuwanderers im Arbeitsmarkt abhängen, hat die wirtschaftswissenschaftliche Literatur bisher der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern wenig Beachtung geschenkt. Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern ist von entscheidender Bedeutung für die Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme in ihren Gastgeberländern. Des Weiteren wird diese sowohl für die Zuwanderer als auch für die einheimische Bevölkerung als Voraussetzung für eine gesellschaftliche Integration betrachtet. Je schneller Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert

werden, umso geringer fallen die dadurch erzeugten Reibungen aus, umso eher ist eine Akzeptanz durch die einheimische Bevölkerung zu erwarten und umso früher werden die ökonomischen Erwartungen der Zuwanderer erfüllt (Gieseck et al. 1995).

In der letzten Zeit haben Bedenken über „fehlgeschlagene Integration“ und eine enttäuschende Performanz von Zuwanderern der zweiten und dritten Generation die Aufmerksamkeit der Forschung auf die bestimmenden Faktoren und Voraussetzungen für eine Integration gerichtet. Im Gegensatz zur US-Literatur, deren Augenmerk mehr auf die Einstellungen in den Gastgeberländern gerichtet ist, insbesondere auf das Vorhandensein von Diskriminierung, sehen Hönekopp (2000) und van Suntum und Schlotböller (2002) eine mangelhafte Bildung und die niedrigeren Qualifikationen von Zuwanderern nach Deutschland als die Hauptursache ihrer schwachen Arbeitsmarktperformanz. Dies verhindert wiederum die intensivere gesellschaftliche Integration von Zuwanderern. Die Autoren empfehlen als integrationsfördernde Maßnahmen daher die Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus von Zuwanderern, insbesondere grundlegender Fertigkeiten wie die Kenntnis der deutschen Sprache und Kultur.

4.2 Zivilgesellschaft und kultureller Kontext

4.2.1 *Zuwanderer und Zivilgesellschaft*

Unter Zivilgesellschaft werden hier, in Abgrenzung zu staatlichen Institutionen, jene Netzwerke, Aktivitäten, Institutionen und Organisationen verstanden, in denen die Bürger einer Gesellschaft, und damit auch Zuwanderer, ihren Willen äußern und somit am Leben des politischen Gemeinwesens teilnehmen. Die Zivilgesellschaft beinhaltet in Anlehnung an Gramscis Begriff damit auch kulturelle Faktoren, über die ein kollektiver Druck ausgeübt und objektive Resultate erwirkt werden (können). Institutionen der Zivilgesellschaft sind neben den Kirchen und religiösen Vereinigungen Gewerkschaften¹², NGOs, Wohlfahrtsverbände¹³ und Vereine. Regelmäßige Umfragen zeigen, dass Migranten sich am ehesten von Selbstorganisationen und Gewerkschaften in ihren Interessen vertreten fühlen (Sauer/Goldberg 2001; Goldberg/Sauer 2002). Die zentrale Frage lautet jedoch hier: In welchen Organisationsformen prägen Migranten die Zivilgesellschaft?¹⁴

Die unüberschaubar vielen Migrantenorganisationen und -vereine sind zu einem großen Teil nationalstaatlich geprägt. Es existieren Vereine mit religiösem Hintergrund, Sportverbände, sozial-kulturelle Vereinigungen sowie zahlreiche auf lokaler Basis operierende Gruppen wie z.B. Elternvereine, die begrenzte Ziele bedienen wie Bildung und Nachhilfe, Sport- und Kulturfeste oder einfach nur die Bereitstellung von Treffpunkten. Indem sie die Bedürfnisse von Zu-

¹² Seit Beginn der Zuwanderung haben sich die Gewerkschaften der Interessen ausländischer Arbeitnehmer angenommen. Dies schlägt sich in relativ hohen Mitgliederzahlen nieder (vgl. Kapitel 4.3).

¹³ Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland besitzen ein gewisses Betreuungsmonopol für Migranten. Die interkulturelle Arbeit in Migrationsdiensten ist fester Bestandteil ihrer Strukturen.

¹⁴ Auf die Reaktionen der Zivilgesellschaft auf die Zuwanderung, d.h. auf den Themenbereich der interkulturellen Anpassung bestehender Strukturen, wird hier nicht eingegangen.

wanderern aufgreifen, Interessen bündeln und artikulieren, wird ihre Funktion auch darin gesehen, den Migranten ein gewisses Heimatgefühl zu vermitteln und damit Geborgenheit zu geben. In Deutschland sind vor allem die türkischen Vereine sichtbar, da die Türken die größte Gruppe der Drittstaatsangehörigen in Deutschland stellen.

Die durch die religiösen Traditionen der jeweiligen Herkunftsländer geprägten religiösen Vereine nehmen, was die Stabilität und Kontinuität, die finanzielle Ausstattung und die Zahl der Mitglieder anbelangt, eine Vorrangstellung ein. Besonders zahlreich in Deutschland sind die muslimischen Moscheevereine. Indem diese sich entlang nationaler, politischer und religiöser Trennungslinien zu überregionalen Verbänden zusammenschließen, reproduzieren sie zum Teil die religiösen, politischen und kulturellen Differenzen und Konflikte der Heimatländer. Umgekehrt haben die Herkunftsländer sehr bald ihr Interesse entdeckt, durch finanzielle oder personelle Unterstützung Einfluss auf den Islam in Deutschland zu nehmen. Die Vielzahl von Vereinen und Dachverbänden und das Fehlen repräsentativer Ansprechpartner¹⁵ erschweren die Kommunikation mit dieser Gruppe. Auf der anderen Seite gibt es zunehmend Organisationen, die darum bemüht sind, sich von den Einflüssen der Herkunftsländer zu lösen, um sich in der deutschen Gesellschaft als deutsche Muslime zu behaupten (Schiffauer 2004).

Eine erste umfassende Studie zu sozialen und politischen Partizipationsformen von Zuwanderern, die sich mit der Frage beschäftigt, wie die wachsende Bedeutung der ausländischen Selbstorganisationen zu bewerten ist (Stichwort: Parallelgesellschaft versus Integrationsmotor), wurde 1999 von Diehl und Urbahn vorgelegt. Die Autorinnen kommen unter anderem zu dem Ergebnis, dass aufnahme-

¹⁵ Den Anspruch, die Muslime in Deutschland zu vertreten, erhebt neben dem 1986 gegründeten Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland/Islamischer Weltkongress auch der Ende 1994 gegründete Zentralrat der Muslime in Deutschland.

landorientierte Vereinigungen für solche Zuwanderer attraktiv sind, die „auf Grund ihrer Fähigkeiten und Merkmale weniger auf einen Rückzug in die ethnische Enklave angewiesen sind“. Für Zuwanderer in unterprivilegierten Situationen spielen hingegen herkunftslandorientierte Gruppierungen eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund engagieren sie sich relativ selten in Freiwilligenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft (Gaitanides 2003). Ob Selbstorganisationen nun integrationsfördernd oder -hemmend sind, darüber herrscht in der Wissenschaft keine Einigkeit, zumal dies von zahlreichen Faktoren abhängt (soziale Stellung und Geschlecht der Migranten, Struktur und Funktion der Vereine etc.).

Neuere Studien lösen sich zunehmend von dieser dualistischen Sichtweise und betonen die Bedeutung der Selbstorganisationen als zivilgesellschaftlichen Faktor (z.B. Thränhardt/Hunger 2000; Jungk 2002). Die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen sind auf Grund ihres Aufenthaltsstatus deutschen Staatsbürgern zivilrechtlich gleichgestellt und nutzen auf Grund ihrer fehlenden politischen Rechte zunehmend ihre Bürgerrechte, was sich in der wachsenden Zahl von Selbstorganisationen, in Zusammenschlüssen zu Dachverbänden sowie in der zunehmenden Nutzung der politischen Willensbildungs- und Artikulierungsfunktion niederschlägt. Diese Bemühungen werden von Seiten der Politik zwar verstärkt anerkannt; insgesamt sind Migrantenselbstorganisationen als politischer Faktor im Gefüge der deutschen Gesellschaft aber noch als schwach zu bezeichnen (Jungk 2000).

4.2.2 Zuwanderer im kulturellen Kontext: Religion, Sport, Essen, Medien, Musik, Sprache, Literatur, Film, Mode und Bildende Kunst

Die Darstellung der Auswirkung von Zuwanderung im kulturellen Kontext bezieht sich auf zwei Aspekte: Wie hat sich die „Kulturlandschaft“ strukturell verändert? Und welche Auswirkung hat die Zuwanderung auf die kulturellen Handlungsweisen von Individuen der

Mehrheitsgesellschaft? Es sei vorausgeschickt, dass bei der Beschreibung und Bewertung dieser Einflüsse die prinzipielle Schwierigkeit besteht, sie von Phänomenen der Globalisierung abzugrenzen. Nicht zuletzt ist Migration selbst ein Aspekt von Globalisierung.

Bei der Analyse von Zuwanderung im kulturellen Kontext spielt die **Religion** eine wichtige Rolle: Indem sich das religiöse Spektrum in Deutschland im Zuge der Zuwanderung deutlich erweitert hat, sind auch verstärkt Einflüsse auf den religiös-kulturellen Kontext festzustellen. Eingewanderte Christen verschiedenster Glaubensrichtungen bilden zum Teil neue Gemeinden oder integrieren sich in bestehende weitgehend unauffällig.¹⁶ Anzahl und Stärke jüdischer Gemeinden haben sich infolge der Zuwanderung von Personen jüdischen Glaubens aus der ehemaligen Sowjetunion drastisch erhöht (siehe Kapitel 3.1). Auch östliche Religionen sind in Deutschland mehr und mehr verbreitet.¹⁷

Im Mittelpunkt der kulturbezogenen politischen und wissenschaftlichen Debatten steht aber die mittlerweile auf 3% der Gesamtbevölkerung angewachsene muslimische Minderheit.¹⁸ Da ein Großteil der muslimischen Migranten dauerhaft in Deutschland verbleibt, sind sie bestrebt, eigene religiöse Institutionen und Riten in Deutschland zu verankern. Dazu gehören der Bau neuer repräsentativer Moscheen und muslimischer Friedhöfe, die Praktizierung muslimischer Bestattungsrituale, eine Kleiderordnung und rituelle Schächtung sowie die Einführung von Islamunterricht an öffentlichen Schulen. Vor allem Moscheen und Friedhöfe führen zu sichtbaren Veränderun-

¹⁶ Eine umfassende, alle Glaubensrichtungen abdeckende Studie zur Frage, in welcher Zahl neue Gemeinden durch Zuwanderung entstanden sind, steht noch aus.

¹⁷ Z.B. verzeichnet eine internationale Homepage (www.allaboutsikhs.com) der Sikh-Gemeinde elf Sikh-Tempel in Deutschland.

¹⁸ Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz stammen rund 75% der Muslime in Deutschland aus der Türkei. Abgesehen von den Nachfolgestaaten Jugoslawiens kommen die Muslime ferner aus dem Iran, Marokko, Afghanistan, dem Libanon, dem Irak und Pakistan, um nur die wichtigsten weiteren Herkunftsländer zu nennen.

gen des deutschen Stadtbildes: Zu den zahlreichen unscheinbaren „Hinterhofmoscheen“ kommen nun repräsentative Moscheebauten. Wegen ihrer Architektur und Größe sowie wegen ihrer Symbolkraft gibt es um die Moscheen fast immer Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene (Schmitt 2003). Laut Deutscher Bischofskonferenz waren im Jahr 2003 auf ca. 75 Friedhöfen in Deutschland islamische Gräberfelder eingerichtet, da die Zahl der Muslime, die in Deutschland bestattet werden wollen, zunimmt (Deutsche Bischofskonferenz 2003: 180).

Dem **Sport** wird bei der Integration von Zuwanderern eine wichtige Funktion zugeschrieben. Insbesondere im Fußball findet ein Großteil der Kontakte zwischen Deutschen und Zuwanderern statt. Das Thema Sport findet daher eine relativ breite wissenschaftliche Abdeckung sowohl im soziologischen als auch im sozialpädagogischen Bereich – zumal ethnische Auseinandersetzungen bei Fußballbegegnungen immer wieder für negative Schlagzeilen sorgen. Eine prinzipielle „öffentlich erwartete integrative und konfliktregulierende gesellschaftliche Funktion des Sports und seiner Organisationen“ (Kothy/Klein 2000) wird daher in den wissenschaftlichen Analysen zumindest für den Fußballsport nicht bestätigt. Lösungen werden z.B. in der Teilnahme junger Migranten in den Mehrheitsvereinen gesehen. Hier zeigt sich, dass Sportstrukturen in Großstädten mittlerweile sogar oft allein durch die Aufnahme junger Migranten aufrecht erhalten werden können. Auch für Eltern übernimmt der Sport eine Integrationsfunktion, da sie über ihre Kinder am Vereinsleben teilnehmen.¹⁹

Die deutschen **Ernährungsgewohnheiten** und die **Gastronomie-landschaft** haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in beson-

¹⁹ Da der Fußball hauptsächlich Männersport ist, waren Migrantinnen in diesem Themenbereich lange Zeit unterrepräsentiert. Ausnahmen bilden die Studien im Auftrag des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (2001, 2004). Bei Frauen und Mädchen besteht oft die Schwierigkeit, dass die integrationsfördernde Teilnahme am Sportleben Probleme mit dem Elternhaus hervorrufen kann.

derer Weise gewandelt: Inzwischen sind ausländische Produkte und Gerichte in weiten Kreisen alltäglich geworden. Ersichtlich ist diese Entwicklung beispielsweise aus der Angebotspalette in deutschen Supermärkten, aus der großen Anzahl von mehr oder weniger „exotischen“ Kochbüchern im Buchhandel oder aus Restaurantführern für deutsche Großstädte. Auch die Vielzahl von Lebensmittelgeschäften mit ausländischen Produkten, allen voran der türkische Gemüsehändler und der Asien-Shop, hat einen einheimischen Kundenkreis. Laut einer Studie des Allensbach-Instituts für Demoskopie über die Beliebtheit ausländischer Spezialitäten bei deutschen Restaurantbesuchern bevorzugen rund 50%, bei der Altersgruppe unter 30 Jahre sogar weit über 70%, ausländische Spezialitäten. Der türkische Drehspieß Döner ist in Deutschland inzwischen zum beliebtesten Imbissgericht geworden und hat sich seit Ende der 1990er Jahre zum umsatzstärksten Produkt im Gastronomiebereich entwickelt (Institut für Demoskopie 2003).²⁰

Im Bereich Esskultur vollziehen sich zwei Entwicklungen: Einerseits nimmt das Angebot an Produkten durch die Zuwanderung zu und es kommt zur Entstehung von Nischenökonomien (z.B. türkische Dönerbuden, Pizzaservice, vietnamesische Garküchen); andererseits muss die Erweiterung der Produktpalette in Supermärkten und die Vielfalt an Restaurants als Teil der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung betrachtet werden. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Entwicklung leistet der Tourismus. Parallel zur Zuwanderung findet eine Vermarktung von „Fremdem“ statt, wodurch wiederum Ethno-

²⁰ Laut einer Studie des Zentrums für Türkeistudien gab es 1997 bundesweit 9.300 Döner-Betriebe (ZfT 1998; Seidel-Pielen 1996). Die erfolgreiche Eingliederung des Döners in die deutsche Kultur zeigt sich beispielsweise daran, dass deutsche Urlauber und „Deutschländer-Türken“ durch ihre Geschmacksvorlieben die typisch deutsche Variante des Döner in die Türkei reimportieren (ZfT 1998). Und: Es existiert eine von Deutschen betriebene Döner-Datenbank im Internet (www.doener365.de), in der bundesweit Dönerbuden recherchierbar sind, nachdem sie auf Aspekte wie Geschmack, Service, Flair, Musik etc. getestet wurden.

und Exotik-Wellen entstehen.²¹ Wenn tatsächlich in einem Bereich zu Recht von einer gegenseitigen Annäherung der Kulturen im Integrationsprozess die Rede ist, dann ist es der Bereich der Esskultur: Man kann mit Recht behaupten, dass sich die Alltagskultur der deutschen Mehrheit durch ausländisches Essen nachhaltig gewandelt hat.

Das Thema Migration und **Medien** ist wissenschaftlich vielfältig bearbeitet worden. Vor allem zwei Aspekte erscheinen besonders relevant: Zuwanderer als Konsumenten und Produzenten von Medien sowie Zuwanderer als Gegenstand der deutschen Medien. In der deutschen Medienlandschaft findet sich ein breites Angebot für Ausländer, welches sich überwiegend einsprachig an einzelne Nationalitäten richtet. In Deutschland werden über 50 fremdsprachige Zeitungen produziert; von den Sprachen der ehemaligen „Gastarbeiter“ sind türkische Blätter zahlenmäßig am stärksten vertreten. Zudem gibt es in Berlin einen türkischen Radiosender.²² Seit Mitte der 1990er Jahre gewinnen im Zuge der Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion auch russischsprachige Printmedien an Bedeutung. Seit 2000 etablierten sich in Deutschland darüber hinaus ein- oder zweisprachige „Ethnoportale“ im Internet.²³ Diese Bandbreite an relativ autonomen, fremdsprachigen Medienprodukten existiert neben den deutschen Medien – quasi als Parallel-Medienwelt für eine Parallel-Gesellschaft. Im Hinblick auf die Mediennutzung von Migranten – in erster Linie der Türkischstämmigen – wird ein hoher Konsum an muttersprachlichen Angeboten beklagt, der sich vor allem durch den Empfang von Kabel- und Satellitenprogrammen verstärkt hat.

²¹ In diesen Zusammenhang passt der Trend zu einer modischen, globalisierten „Crossover“-Küche jenseits aller traditionellen ethnischen Grenzen. Auf dieser Welle schwimmen wiederum auch Zuwanderer mit: Eine stadtgeographische Studie zeigt am Beispiel eines Kölner Stadtviertels die bunte Vermischung von nationalen Küchen und Herkunft der Gastronomiebesitzer (Soyez 2004).

²² Radyo Metropol FM war der erste türkischsprachige Sender in Deutschland. Er ist äußerst erfolgreich und sendet seit 2001 auch in anderen Bundesländern.

²³ Das größte Ethnoportal ist das türkische „Vaybee“; andere Angebote richten sich an afrikanische, russische, polnische, griechische oder italienische Zuwanderer (Jordanova-Duda 2002).

Allerdings zeigt sich bei der zweiten und dritten Generation der Migranten ein deutlicher Wandel in der Mediennutzung (Dresbach 2002). Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das Medienspektrum diversifiziert, indem eine Reihe von zweisprachigen Printmedien entstanden ist.²⁴ Im Radio haben sich zwei- oder mehrsprachige, multikulturelle Programme etabliert;²⁵ zudem wird über die Einrichtung eines deutsch-türkischen TV-Kanals diskutiert. Gleichzeitig gewinnt in den deutschen Medienzentren die deutsch-türkische Film- und TV-Unterhaltungsindustrie an Bedeutung (Becker/Behnisch 2002).

Was die Darstellung von Migranten in den deutschen Medien betrifft, so können unterschiedliche Tendenzen ausgemacht werden, die kein generelles Urteil erlauben. Speziell in der Sensations- und Boulevardpresse wird häufig ein verzerrtes, undifferenziertes, oft negatives Bild von Ausländern transportiert. Medienforscher kritisieren deshalb die Abwesenheit von Normalität in der Berichterstattung (Meier-Braun 2001; Schorb 2003). Gleichzeitig sind seriöse Medien seit längerem gegenüber Diskriminierung sensibilisiert; sie gehen daher vorsichtig, bisweilen mit einer überaus ernst genommenen *political correctness* mit dem Thema um. Bestimmte vorurteilsverstärkende Bilder, wie z.B. die Frau mit Kopftuch, werden jedoch hartnäckig von allen Medien immer wieder benutzt, um Andersartigkeit oder Rückständigkeit zu vermitteln.

²⁴ Beispiele sind die überwiegend deutschsprachigen Magazine Hayat und Etap sowie Türkis, eine Mischung aus Lifestyle-Magazin und Popillustrierter. Zielgruppe sind junge konsumorientierte Deutsch-Türken. Im Jahr 2000 folgten die eher kritisch und links orientierte deutsch-türkische Wochenzeitung Persembe, deren Produktion aber wieder eingestellt wurde, und die Monatszeitung TürkisNews, ein konservativ-religiös orientiertes Blatt, das nur wenige deutschsprachige Beiträge enthält.

²⁵ Die „Gastarbeiterprogramme“, seit den 1960er Jahren im Angebot der ARD-Sender, wurden wegen ihres zweifelhaften Nutzens für die Integration und vor allem wegen stark rückläufiger Nutzung 2002 abgeschafft. Die ARD bietet seitdem auf verschiedenen Sendern ein „Multikulturelles Radio“ an; es gibt verschiedene zweisprachige (deutsch-türkisch) oder mehrsprachige Sender, z.B. SFB Radio Multikulti (Gries 2000).

Migranten als „Medienmacher“, also z.B. Journalisten, Nachrichtensprecher oder Moderatoren, sind bis heute keine Selbstverständlichkeit in den deutschen Medien.²⁶ Ausnahmen gibt es nur im Unterhaltungsbereich: In der Popkultur ist Exotik gefragt, daher sind Musiker, Tänzer und Darsteller von „exotischer“ Optik (meistens dunkelhäutig) in Soaps oder Unterhaltungsshows durchaus ein alltäglicher Anblick im Fernsehen. Der Konsum von „exotistischer Fremdheit aus der Retorte“ (Terkessidis 2000) birgt allerdings die Gefahr, dass lediglich Klischees bedient werden, aber keine Einbeziehung der im Land lebenden Minderheiten erfolgt. Einen festen Platz im deutschen Fernsehen haben allerdings Comedy-Programme von türkischstämmigen Kabarettisten wie z.B. Kaya Yanar („Was guckst du?“), Django Asül oder dem Münchner Duo Erkan und Stefan, die in ihren Persiflagen selbstbewusst mit *ethnic jokes* und türkisch-deutschen Klischees spielen. Dies kann als Indikator für sich entspannende interethnische Beziehungen gewertet werden.

Der Bereich Migration und **Musik** wurde bisher in Deutschland wissenschaftlich noch nicht intensiv behandelt. Die Grenzen zur Globalisierung der Musik sind fließend. Ethno- und Weltmusik, Festivalkultur, internationale Musikstile wie Klassik und Jazz, aber auch internationale Modetrends wie z.B. Tango oder andere lateinamerikanische Tanzmusikstile werden in Deutschland von Migranten mitgeprägt. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um spezifisch deutsche Kulturphänomene oder spezifische Ausdrucksweisen der in Deutschland lebenden Migranten, sondern um Aspekte der Globalisierung. Allerdings haben in den letzten Jahren einige junge deutsche Stars mit Migrationshintergrund die deutschen Pop-Charts erobert.²⁷ Die Zuwanderung bringt eine Vielfalt von „importierter“ Musik mit

²⁶ Es gibt Bemühungen, dies zu ändern: Ein Modellprojekt mit dem Titel „Mehr Farbe in die Medien“ des Adolf-Grimme-Instituts möchte durch Qualifizierungsprogramme für Migranten deren Mitgestaltungsmöglichkeiten und eine interkulturelle Öffnung der Medien fördern (Jungk 1999).

²⁷ Zum Beispiel Xavier Naidoo, Sabrina Setlur, No Angels.

sich.²⁸ Ein Großteil der Zuwanderer-Musikszene, meist traditionelle Musik und Folklore, wird innerhalb der *communities* gehört. Seit den 1990er Jahren zeigt sich aber die Tendenz, dass insbesondere die türkische Populärkultur die „ethnische Nische“ verlässt und in die Öffentlichkeit tritt: Die zahlreichen türkischen Diskotheken und Musikclubs in deutschen Großstädten werden von einem westlich orientierten deutsch-türkischen Publikum besucht (Caglar 1998). Ähnliche Musiklokale gibt es auch für ein afrikanisches, polnisches oder griechisches Publikum. Die deutsch-türkische Jugendkultur der Großstädte, allen voran Berlin, hat eine vielbeachtete Oriental-Hip-Hop- und Rap-Szene hervorgebracht, die sich in der Öffentlichkeit etabliert und teilweise kommerzielle Züge angenommen hat.²⁹ Die Hip-Hop-Kultur, ursprünglich in den Schwarzenghettos der USA entstanden, wird weltweit als Stil- und Ausdrucksmittel der Marginalisierten betrachtet³⁰; die Texte beziehen sich aber inhaltlich auf den jeweiligen Kontext bzw. auf die Lebenssituation der türkischstämmigen Jugendlichen in Deutschland. Benutzt wird die deutsche, türkische oder englische Sprache.

Zuwanderung bringt auch in Deutschland eine große **Sprachenvielfalt** mit sich. Nicht nur in den Medien, sondern auch im Alltagsleben sind Fremdsprachen der großen Zuwanderer-Communities zunehmend präsent und prägen das öffentliche Leben.³¹ Eine Veränderung der deutschen Sprache durch die Übernahme von Lehnwörtern aus Migrantensprachen lässt sich allerdings nicht feststellen. Dies mag sich dadurch erklären, dass die Aufnahme von fremdsprachlichen Begriffen in der Regel mit einer Prestige- und Machtfrage verbun-

²⁸ Die aus dem Herkunftsland importierte Musik entwickelt sich im Zuwanderungsland meist weiter (Greve 2003, Schedtler 1999).

²⁹ Namhafte Gruppen sind u.a. Aziza A., Cartel, Islamic Force, Sons of Gstarbeita, Kanacks with Brain und Kool Savas.

³⁰ Die Parallelen zur afroamerikanischen Popkultur sind deutlich: Deutsch-türkische Rapper bezeichnen sich oft als „die Schwarzen Deutschlands“ oder „deutsche Nigger“ aus dem „Ghetto“.

³¹ Beispielsweise gehören fremdsprachige Hinweise in Behörden, Verkehrsmitteln oder Beipackzetteln mittlerweile zum Alltag.

den ist und dann das als kulturell höher stehend Aufgefasste übernommen wird: Die Sprachen der Zuwanderer in Deutschland, allen voran das Türkische, erfahren eine eher geringe Wertschätzung, so dass ihr Einfluss auf das kulturelle Leben marginal ist. Ein kreativer Umgang mit der deutschen Sprache findet allerdings in der türkisch-deutschen Jugendkultur statt: In den 1990er Jahren entwickelte sich mit „Kanakisch“, einem persiflierten, fehlerstrotzenden „Türkendeutsch“, eine eigene Sprachkultur, die stark auf deutsche Unterhaltungsmedien abgefärbt hat.³² Den Begriff „Kanak Sprach“ prägte der türkischstämmige Autor Feridun Zaimoglu im gleichnamig betitelten Buch (1995). Das ursprüngliche Schimpfwort „Kanake“ für „Ausländer“ wird hier selbstbewusst und ohne Rücksicht auf *political correctness* verwendet. Die türkisch-deutsche Mischsprache ist ein Symbol für eine neue soziokulturelle Identität einer Gruppe, der sowohl einheimische als auch Migrantenjugendliche angehören (Kallmeyer/Keim 2003; Schmidt-Fink 2002).

Das Thema „Zuwanderung und **Literatur**“ wird in der Literaturwissenschaft unter dem Begriff „Interkulturelle Literatur“ positioniert; die Forschung dazu ist spärlich. Aus der früheren „Gastarbeiterliteratur“ ist die Gattung „Migrantenliteratur“ geworden. Hier betätigen sich einerseits Migranten als Schriftsteller, andererseits ist die Migration Gegenstand von Literatur.³³ Zahlreiche Autoren nicht-deutscher Herkunft sind mittlerweile erfolgreich im deutschen Literaturwesen vertreten; die meisten schreiben sowohl in deutscher als auch in ihrer Muttersprache (Chiellino 2000). Tatsächlich verarbeiten viele von ihnen in ihren Werken, wenn auch nicht ausschließlich, ihre Erfahrungen der Migration, der Fremdheit und den Bezug zum Herkunftsland. Ein neues beachtenswertes Phänomen, in deutlicher Oppositi-

³² Comedy-Stars wie Erkan und Stefan oder Dragan und Alder karikieren die sprachlichen und menschlichen Unzulänglichkeiten eines jungen Ausländers.

³³ Beide Definitionskriterien sollten allerdings mit Vorsicht betrachtet werden: Autoren werden zum einen rein auf Grund biographischer Daten in eine „Exotenecke“ gestellt und zum anderen inhaltlich auf die Verarbeitung der Migrationssituation beschränkt.

on zur „Betroffenheitsliteratur“ und zur „Müllkutscherprosa“, ist die in den 1990er Jahren entstandene Bewegung „Kanak Attack“, ein polemischer literarischer Pop, dessen prägender Autor Feridun Zaimoglu ist. Seine eigenwillige Mischung aus Straßenslang und Poesie, mit der er das Leben am Rande der deutschen Gesellschaft beschreibt, und seine respektlose Auseinandersetzung mit der deutschen Ausländerdebatte und auch den Zuwanderern selbst hat die Bewegung bei deutschen Intellektuellen und Feuilletonisten populär gemacht. Die deutsch-türkische Hip-Hop-Szene, Kanak Sprach und Kanak Attack kultivieren diese selbstbewusste, provozierende Rhetorik der Ausgegrenzten („Wir sind die Nigger Deutschlands“) und schaffen damit eine neue identitätsstiftende Subkultur für viele Jugendliche nichtdeutscher Herkunft, ungeachtet ethnischer Grenzen. Konkurrenz für die zahlenmäßig begründete Dominanz der türkisch-deutschen Kulturprodukte stellen seit Ende der 1990er Jahre Kulturschaffende russischer Herkunft dar, namentlich der Autor Wladimir Kaminer. Populär wurde er mit seiner Veranstaltung „Rus-sendisko“ und der gleichnamigen Erzählsammlung (Kaminer 2000). Mit weiteren in deutscher Sprache erschienenen Publikationen avancierte er zu einem der beliebtesten Jungautoren Deutschlands.

Im deutschen **Film** traten Migranten lange Zeit in einer Art „Opferrolle“ auf. Rainer Werner Fassbinders „Angst essen Seele auf“ aus dem Jahr 1974 kann hierfür als Paradebeispiel gelten. Spielfilme wie Hark Bohms „Yasemin“ (1988) oder Tevfik Basers „40 Quadratmeter Deutschland“ (1985) thematisierten die Unterdrückung ausländischer Frauen in Deutschland. Viele Filme behandelten das Übergangsstadium der Migration oder die Gegebenheiten in den Herkunftsländern. Fatih Akins „Kurz und schmerzlos“ (1998) war der Startschuss für eine neue Welle von Spielfilmen türkischstämmiger Nachwuchsregisseure in Deutschland. „Lola und Bilidikid“ (1998) von Kutlug Ataman erregte als erster nationale Stereotypen überwindender Migrantenfilm internationale Aufmerksamkeit. Den neuen Filmen gemeinsam ist die Ansiedlung der Filmgeschichte in deut-

schen Großstädten, der türkische Hintergrund und der aktuelle Blick auf das Alltägliche im Leben in zwei oder sogar mehreren Kulturen in Deutschland. Zumindest der türkisch-deutsche Film scheint somit etabliert. Höhepunkt seines kommerziellen Erfolges war der Goldene Bär auf der Berlinale 2004 für Fatih Akins „Gegen die Wand“ – ein Zeichen dafür, dass Filme von Migranten Teil der deutschen Filmkultur geworden sind und Migrantenthemen ein breites Publikum begeistern können.

Beim Thema Zuwanderung und **Mode** sind zwei Aspekte zu beachten: In Großstädten, vor allem in Berlin, haben sich zwar eine Reihe von Modedesignern mit Migrationshintergrund etablieren können, sie werden bisher jedoch überwiegend im lokalen Rahmen wahrgenommen. Man kann sie also nicht als prägend für die deutsche Kultur bezeichnen. Modeprägend ist vielmehr der Massenkonsum, und hier dominieren wiederum globalisierte Stilrichtungen und die internationale Modeindustrie. Der andere Aspekt bezieht sich auf Modestile bei Migrantenjugendlichen und ihre eventuelle Ausstrahlung auf die Mehrheitsgesellschaft. Mode dient bei Jugendlichen als Kommunikationsmittel und Orientierungshilfe. So ist z.B. die sogenannte „Streetwear“ unter Migrantenjugendlichen sehr verbreitet. Hieronymus (2001) zeigt in einer international vergleichenden Studie auf, dass „gerade wenn die Jugendlichen aus Zuwandererhintergründen als nicht zur Nation zugehörig definiert sind (...), dazu (tendieren), nach einem anderen Weg in die Gesellschaft zu suchen – durch die Aneignung der Symbole der Mainstream-Kultur, wie sie sich durch „Fitness“ und „Markenkleidung“ darstellt“. Mode dient Zuwanderern demzufolge nicht primär als Ausdruck eigener ethnischer Identitäten, sondern wird insbesondere bei Jugendlichen dazu benutzt, Zugehörigkeit zu demonstrieren. In der **Bildenden Kunst** ist künstlerische Qualität meist international zu bewerten und nicht auf deutsche Kultur zu begrenzen. In der deutschen modernen bildenden Kunst sind Migranten zwar vertreten, aber nicht an exponierter Stelle.

Die Kulturlandschaft in Deutschland ist durch die Zuwanderung vielfältiger geworden. Migranten sind in den verschiedensten Kulturbereichen präsent. Sogar an einem typisch deutschen Kulturgut, dem deutschen Karneval, wirken Migranten mittlerweile prägend mit.³⁴ Des Weiteren hat sich in Berlin ein eigenständiger „Karneval der Kulturen“ etabliert, bei dem sich zahlreiche Zuwanderergruppen darstellen (Frei 2003).

4.3 Politischer Kontext

Nachfolgend soll das Auftauchen von Migration und von Migranten³⁵ in verschiedenen politischen Institutionen und Organisationen in Deutschland thematisiert werden. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass dieser Gegenstand bisher nicht systematisch erforscht worden ist. Zunächst soll deshalb der Frage nachgegangen werden, welche strukturellen Voraussetzungen dazu geführt haben, dass politische Organisationen nur sporadisch in den Blickwinkel der Forschung geraten sind. Im Anschluss daran werden Forschungsergebnisse bezüglich der verschiedenen Organisationen vorgestellt: Erkenntnisse über den Einfluss von Migration auf kommunale Verwaltungen, Gewerkschaften und politische Parteien. Die Kenntnisse über den Grad und die Ausrichtung politischer Partizipationsformen, die nachfolgend aufgezeigt werden, führen in Deutschland immer wieder dazu, dass das gültige Mitgliedschaftsmodell hinterfragt wird, alternative

³⁴ Die Beteiligung reicht von türkischstämmigen Gardeprinzen über Tänzerinnen aus diversen Nationen bis hin zu eigenen Karnevalswagen, die mit türkischen Symbolen geschmückt sind wie z.B. der Narrenfigur Karagöz (Emmendorfer-Brößler 1999).

³⁵ Generell ist anzumerken, dass die vorliegende Literatur oftmals nicht zwischen Migranten als Ausländern und Migranten als eingebürgerten Deutschen unterscheidet. Der Terminus „Migrant“ bezieht sich in der Regel auf die ehemaligen Arbeitsmigranten, also sowohl auf Drittstaatenangehörige mit festem Aufenthaltsstatus als auch auf EU-Migranten. Die Ursache hierfür liegt zum einen darin, dass viele Forscher versuchen, den Begriff des Ausländers zu vermeiden, zum anderen aber auch darin, dass bei der Erhebung von Daten eingebürgerte Migranten nicht mehr ohne Weiteres von Deutschen zu unterscheiden sind.

Modelle entwickelt und politische Forderungen gestellt werden. Einige dieser Entwürfe sollen abschließend vorgestellt werden.

Der politische Diskurs über Migration und Migranten in Deutschland wurde in den vergangenen Jahren von der Annahme dominiert, die Diskussion über Zuwanderung in die Bundesrepublik habe sich verändert (Angenendt/Kruse 2003; Schmalz-Jacobsen 2001). Als Anlässe hierfür werden die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. Januar 2000 und die von Bundeskanzler Schröder am 3. März 2000 angekündigte und am 1. August 2000 in Kraft gesetzte Green Card-Verordnung (Hunger 2003) sowie der im Jahre 2001 von Bundesinnenminister Schily vorgelegte Gesetzentwurf für ein Zuwanderungsgesetz gesehen, dessen Verabschiedung im Jahre 2004 folgte. Der lange Weg zu diesen Reformen und die über Jahre fortgesetzte Selbstbeschreibung, ein Nicht-Zuwanderungsland zu sein, die durch das Zuwanderungsgesetz noch einmal neu belebt worden ist (Bade/Bommes 2000), hat die migrationspolitische Debatte sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft vorstrukturiert. In diesem Kontext wurden die Integration der Migranten und deren Assimilation sowie die politischen Entscheidungen auf dem Weg dorthin zum Fluchtpunkt von Untersuchungen und politischen Debatten. In diesem Sinne wurden vornehmlich „die Bereitschaft oder Unwilligkeit, Fähigkeit oder Unfähigkeit der Migranten, sich zu integrieren“ (Bade/Bommes 2004: 12), vor dem Hintergrund der sozialen und rechtlichen Barrieren zum Gegenstand von Untersuchungen.

Der Diskurs über die Bedingungen politischer Partizipation von Migranten in Deutschland ist von der Tatsache der mangelnden politischen Integration (durch restriktive Einbürgerungsbedingungen und das fehlende Wahlrecht für Ausländer) geprägt.³⁶ Politische Organisationen wie Gewerkschaften und Parteien selbst und ihre Veränderung durch die Partizipation von Migranten wurden von den Untersuchungen weitgehend ausgespart. Betrachtet man den

³⁶ EU-Ausländer verfügen seit 1992 über das kommunale Wahlrecht in Deutschland.

Einfluss von Migration und Migranten auf politische Institutionen und Organisationen, so ist dieser für kommunale Verwaltungen, Gemeinden und Gewerkschaften nachgewiesen. Die Veränderung von Parteien und der Aufbau migrantenspezifischer Strukturen innerhalb derselben lässt sich zwar zeigen, ist aber von der Forschung nicht dokumentiert. In der jüngeren Forschung wird die politische Einstellung von Migranten sowie deren Selbstorganisation in Vereinen untersucht.

Verwaltungen: In den vergangenen Jahren gerät die Verwaltung von Migration zunehmend in den Blick der Forschung (Oltmer 2003). Die Veränderung der Verwaltungen selbst, die unter dem Begriff der „interkulturellen Öffnung“ zusammengefasst wird, wird innerhalb politischer Stiftungen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung auf Fachtagungen thematisiert, ist jedoch bislang nur vereinzelt zum Gegenstand systematischer wissenschaftlicher Untersuchungen geworden (Friedrich-Ebert-Stiftung 2002; Lima Curvello/Pelkhofer-Stamm 2003). So sind Bommers (2003) und Koch (2002) der Frage nachgegangen, inwieweit Migration und das Auftauchen von Migranten in Organisationen zu einem Ereignis wird, das sozialstrukturelle Folgen nach sich zieht. Die Autoren untersuchen in einer vergleichend angelegten empirischen Studie exemplarisch zwei Kommunalverwaltungen und die Veränderung politischer Administration innerhalb derselben nach dem Eintreffen von Migranten in den jeweiligen Kommunen. Bommers (2003) weist darauf hin, dass es unter dem Einfluss von Migration zwar zu einer Veränderung der Organisation komme, diese aber sowohl in Qualität als auch in Quantität hochgradig von den zuvor vorhandenen inneren Strukturen dieser Organisation (Stellen, Personal, Parteien, Kommunalverfassungen, Programme) abhängig sei. In dem Zusammenwirken der vorhandenen Strukturen entwickelten sich dann Problemdefinitionen und Entscheidungen, z.B. darüber, welche Mittel jeweils aufgewandt und in welcher Weise bestimmte Migrantengruppen überhaupt als Problem definiert werden. Ob Migranten jeweils als Fremde oder als Ein-

heimische beobachtet und welche Lösungswege für die Bearbeitung jeweils eingeschlagen würden, werde innerhalb einzelner Kommunen völlig unterschiedlich beantwortet. Die Frage, wie Migration deshalb bewertet werde, sei weitgehend von der Beobachtung und Beschreibung der Organisationen abhängig. Einzelne Städte haben in diesem Zusammenhang spezialisierte Ämter geschaffen, wie zum Beispiel Frankfurt am Main das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten.

Der Einfluss von Ausländerbeiräten auf Gemeindeverwaltungen wurde hauptsächlich in den 1980er und 1990er Jahren untersucht und ist hinreichend belegt (Bommes 1992; Hoffmann 1986 und 1989; Koch 2002). Dort wirken sie auf die Migrationspolitik von Kommunen und spielen eine Rolle bei der Erfassung und Bearbeitung von sozialen und kulturellen Integrationsproblemen. Mittlerweile sind solche Formen der Beteiligung von Migranten in einzelnen Bundesländern gesetzlich installiert (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung NRW 1998). Auch wenn diese Organisationen in ihrer Effizienz nach wie vor umstritten bleiben, werden sie in der Regel nur dann öffentlich thematisiert, wenn ihre Legitimation durch nachlassende Wahlbeteiligung in Frage gestellt wird.

Gewerkschaften: Die politische Partizipation von Migranten und der Einfluss von Zuwanderungsprozessen auf Gewerkschaften ist verschiedentlich untersucht worden, jedoch liegen kaum neuere Studien vor (Diehl/Urbahn 1999; Kühne/Öztürk/West 1994; Østergard-Nielsen 2003; Treichler 1998). Die Partizipation ausländischer Arbeitnehmer in Gewerkschaften steht unter dem von diesen durchgesetzten Vorzeichen des geltenden Sozial- und Tarifrechts und des so genannten Inländerprimats nach dem Sozialgesetzbuch (Bade/Bommes 2000). Das von den Gewerkschaften zu bearbeitende Problem besteht deswegen weniger in der rechtlichen Benachteiligung, die aus der ausländischen Staatsangehörigkeit hervorgeht, sondern in einer strukturellen Diskriminierung (z.B. durch mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten) und in der Ausländerfeindlichkeit innerhalb der Betriebe. Diese stand bereits in den 1980er und Anfang

der 1990er Jahre schwerpunktmäßig im Fokus gewerkschaftlicher Initiativen und wurde damals bereits vereinzelt von der Forschung aufgegriffen (Dohse 1981; Öztürk 1994). Die Gewerkschaften initiierten Kampagnen gegen Ausländerfeindlichkeit, griffen diese Thematik in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit auf und formulierten Stellungnahmen zur deutschen Zuwanderungs- und Integrationspolitik (Deutscher Gewerkschaftsbund 1994, 1996; Klose 1994; Treichler 1994). Seit dem Jahre 2000 wird die Bedeutung der Zuwanderung als Thematik innerhalb der Gewerkschaften jedoch als abnehmend eingeschätzt (Treichler 2004). Die Durchsicht von aktuellen Gewerkschaftspublikationen zeigt, dass heutzutage betriebliche Diskriminierung nach wie vor thematisiert wird, dass aber insbesondere der Status, den die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Hierarchien der Betriebe und der Gewerkschaften einnehmen, diskutiert wird.³⁷ So wird beispielsweise in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft *ver.di* die Einführung so genannter „Personengruppen“ ausländischer Arbeitnehmer gefordert, die mit speziellen Befugnissen ausgestattet sind und die bislang lediglich in der IG Metall institutionalisiert waren.

Wissenschaftliche Daten über den Einfluss von Zuwanderern auf die deutschen Gewerkschaften liegen insbesondere für die Industriegewerkschaft Metall vor. Der institutionelle Veränderungsprozess ist für diese Einzelgewerkschaft seit den 1960er Jahren dokumentiert (Hinken 2003; Østergard-Nielsen 2003; Öztürk 2002): Bereits im Jahre 1968 wurde innerhalb dieser Gewerkschaft das Referat „Ausländische Arbeitnehmer“ gegründet und im Jahre 1983 eine in den Einzelgewerkschaften bislang einmalige „Personengruppe“ gebildet. Das 1972 im DGB eingeführte passive Wahlrecht für Ausländer hat jedoch nicht dazu geführt, dass Migrant*innen trotz ihres hohen Organisationsgrades, der in der IG Metall 2000 beispielsweise bei 54% lag, bedeutsame Aufstiegsprozesse in den Gewerkschaftshierarchien

³⁷ Vgl. z.B. www.igmetall.de/pressdienst/2003/006.html; www.igbce.de; www.migration-online.de.

durchlaufen haben: Ihre Repräsentanz in den Gremien nimmt mit steigenden Befugnissen der jeweiligen Gremien ab. Betrug der Anteil der ausländischen Vertrauensleute in der IG Metall Ende der 1990er Jahre noch zehn Prozent, so lag er bei den Betriebsräten bei lediglich fünf und bei den Beschluss fassenden Organen und Leitungsgremien in der IG Metall bei 4,5 %, um bei den Gewerkschaftssekretären sogar auf ganze zwei Prozent abzufallen. Migranten seien zwar besser organisiert, so Öztürk (2002), jedoch schlechter repräsentiert als die Deutschen (Diehl/Urbahn 1999). Einen Einfluss ausländischer Arbeitnehmer auf die politische Agenda von Gewerkschaften weist Østergard-Nielsen (2003) für die 1980er Jahre nach. Sie zeigt, dass zu dieser Zeit die Austragung herkunftslandorientierter politischer Konflikte innerhalb der Gewerkschaftsgremien der IG Metall regelmäßig beklagt wurde. Demnach, so Østergard-Nielsen, sei auch die Politik der Gewerkschaften von diesen Auseinandersetzungen bestimmt gewesen. So seien beispielsweise die innen- und außenpolitischen Forderungen, die an die Bundesregierung gerichtet wurden, von diesen Themen geprägt worden.

Parteien: Der Einfluss von Migranten innerhalb der Parteien ist wissenschaftlich kaum dokumentiert. Daten über die Staatsangehörigkeit der Mitglieder werden von den Parteien nicht herausgegeben. Thränhardt (2003) gibt einen Überblick über die Veränderungen der migrationspolitischen Agenda der einzelnen Parteien sowie die Entwicklung der Ausländerfeindlichkeit derselben. Zwar lassen sich in den Parteien selbst einzelne Veränderungen – wie etwa die Bildung von Migrantengremien – erkennen, diese sind jedoch bisher nicht hinreichend untersucht worden. So haben sich parteinah diverse Einzelorganisationen herausgebildet. Die Deutsch-Türkische Union (DTU) in Berlin und das Deutsch-Türkische Forum (DTF) in NRW sind beispielsweise der CDU angegliedert. An der Sozialdemokratie orientiert ist die HDF (Sosyaldemocratic Halk Dernekleri Ferasyonu), die sich als Organisation türkischer Sozialdemokraten mit politischen Fragen des Herkunftslandes auseinandersetzt. Østergard-Nielsen (2003) unterstreicht den Einfluss der türkischen Sozialdemokraten

auf die SPD-Politik, insbesondere dem türkisch-kurdischen Konflikt in den 1990er Jahren gegenüber. Auch Bündnis 90/Die Grünen verfügen über die Immigrantenvereinigung „Immigrün“. In der FDP existiert die Liberale Deutsch-Türkische Vereinigung (LTD). Auf den Listen aller Parteien kandidieren zudem mittlerweile immer wieder auch eingebürgerte Migranten.

Politische Orientierungen von Migranten: Daten über die politischen Tendenzen von Zuwanderern zeigen, dass sich im Jahre 2000 32,2 Prozent der Ausländer in Deutschland der SPD zugeneigt fühlen, jeweils 8,5 Prozent der CDU und den Grünen sowie 1,7 Prozent der FDP (Marplan 2000; s.a. Diehl/Urbahn 1999). Der Blick auf die neu eingebürgerten Migranten, zu denen – neben der Gruppe der Ausländer – auch die Aussiedler zählen, zeigt jedoch ein anderes Bild (Wüst 2002): Ehemalige Aussiedler tendierten demnach mehrheitlich zu den Unionsparteien, die Herkunftsgruppe der Türken dagegen mehrheitlich zur SPD. Hingegen hatten rechte Parteien bei keiner Gruppe Bedeutung. Als Ursache, so Wüst, seien zwar zum einen religiöse Zugehörigkeiten sowie die soziale Herkunft der Eingebürgerten zu sehen, insgesamt erwiesen sich jedoch sozio-demographische Erklärungsfaktoren als nicht ausreichend. Vielmehr zeige die Ländergruppenzugehörigkeit eine klare politische Neigung, die jedoch mit steigendem Integrationsgrad abnehme. Die für die Eingebürgerten relevanten Themen seien vergleichbar mit denen der Deutschen: Arbeitslosigkeit, Steuern oder Renten. Die Wichtigkeit, die migrationsspezifischen Fragen beigemessen werde, unterscheide sich aber marginal von der Bedeutung, die gebürtige Deutsche ihnen zuwiesen. Jedoch kommt Wüst zu dem Ergebnis, dass mit dem Einbürgerungsrecht eine neue Gruppe von Wählern zum Wahlvolk hinzugekommen sei, die durch ihre Größe wahlbestimmend sein könne (Castles/Miller 2003; Hunger 2001; Thränhardt 2003; Wüst 2002). Allerdings ist festzuhalten, dass sich deren Wahlverhalten in der Summe vom Wahlverhalten gebürtiger Deutscher nicht signifikant abhebt.

Politische Partizipation in Selbstorganisationen und Vereinen:

Politische Partizipation von Migranten findet ferner in den so genannten Selbstorganisationen statt, die mittlerweile zu einem wichtigen Faktor der Zivilgesellschaft geworden sind. Daten über diese Organisationen liegen für einzelne Bundesländer vor (Fijalkowski/Gillmeister 1997; Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung NRW 1998). Die Bedeutung der Selbstorganisationen und deren Einfluss auf die Zivilgesellschaft ist jedoch noch nicht hinreichend untersucht worden. Die Herausbildung diverser Migrantenorganisationen lässt sich als Konsequenz der rechtlichen und kulturellen Differenzierung der einzelnen Migrantengruppen und Individuen in Deutschland verstehen (Ergi 2000; Özcan 1989). Diese Organisationsform gewinnt gegenüber traditionelleren Formen politischer Partizipationsstrukturen wie den Ausländerbeiräten an Bedeutung. Wie differenziert die einzelnen Partizipationsformen von Migranten sein können, zeigt Diehl (2002) am Beispiel türkischer Vereine. Diese lassen sich in aufnahme- und herkunftslandorientierte Vereinigungen unterscheiden (Diehl 2002; Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung NRW 1998). Diehl untersucht politische Partizipation unter der Prämisse der Assimilationstheorie und zeigt Segregationsprozesse und Reethnisierungstendenzen innerhalb von türkischen politischen Vereinen auf. Zu den herkunftslandorientierten Vereinigungen werden insbesondere linke oder nationalistische Parteien wie die PKK gezählt (Diehl/Urbahn 1999). In den letzten Jahren gewinnen jedoch verstärkt religiöse politische Vereinigungen, insbesondere islamische Vereinigungen der türkischen Zuwanderer, an Bedeutung (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997). Die Einschätzungen darüber, inwieweit die Qualität politischer Partizipation im Aufnahmeland und die rechtliche Integration die Beziehungen zu Zuwanderungs- und Herkunftsland beeinflussen, sind in der Wissenschaft somit sehr ambivalent und abhängig vom jeweiligen theoretischen Hintergrund der Forscher.

Die Entwicklung neuer Mitgliedschaftsstrukturen durch Migration: Die Anwesenheit von Migranten in Organisationen oder ganz

allgemein auf den Territorien von Zuwanderungsstaaten führt zu strukturellen Veränderungen, deren Intensität wiederum von den bereits vorgefundenen Bedingungen abhängig ist. Ganz entscheidend sind hierbei die rechtlichen Strukturen, die den Aufenthalt der Migranten dominieren, so in Deutschland das geltende Ausländer- und Staatsangehörigkeitsgesetz (Koopmans/Statham 1999; Koopmans 2004). Diese Strukturen bestimmen, ob und in welcher Form politische Partizipation überhaupt möglich ist, welche Themen dabei auf die Agenda von Interessengruppen gesetzt und in die Öffentlichkeit getragen werden. Sie geben gleichzeitig die Geltung dieser Gruppen vor – ob als potentielle Wählergruppen oder als Gruppen von relativ einflusslosen Nichtwählern. Dementsprechend wurde der migrationspolitische Diskurs in Deutschland über lange Zeit von der Tatsache fehlender politischer und rechtlicher Integration (durch ein restriktives Einbürgerungsrecht und ein fehlendes Wahlrecht für Ausländer) dominiert (Decker 1982, Bade 1994). Der Diskurs fokussierte die politische Integration der Zuwanderer und initiierte gleichzeitig die Diskussion über veränderte Formen von Mitgliedschaften in den Nationalstaaten (Prümm 2004). Hierzu zählt beispielsweise das Modell des so genannten *Denizens* (Hammar 1994) als eines relativ privilegierten Zuwanderers, dessen Bedeutung sich insbesondere in Wohlfahrtsstaaten unter restriktiven Einbürgerungsbedingungen zu stabilisieren scheint, was sich in Deutschland statistisch zeigen lässt. Trotz eines im Hinblick auf Mehrstaatigkeit restriktiven Staatsangehörigkeitsgesetzes ist aber auch in Deutschland von einer zunehmenden Bedeutung doppelter Staatsangehörigkeiten auszugehen (Faist et al. 2004). So geht das Konzept transnationaler Räume (Faist 2000a) davon aus, dass sich durch die Technisierung des Transports und der Kommunikationstechnik automatisch veränderte Bindungen zwischen Individuen und Staaten herausbildeten, die auch zu neuen „transnationalen“ Partizipationsformen, Mehrfachidentitäten und multiplen nationalen Zugehörigkeiten führten. Die jüngere Migrationsforschung diagnostiziert somit gegenüber der etablierten Migrationstheorie (Esser 1980 und 2004) neuere Varianten von Integration auf der Grundlage veränder-

ter Auffassungen von politischen Mitgliedschaften und Identitäten, die als Auswirkung der Zuwanderung auf die Zuwanderungsgesellschaft, resp. Deutschland selbst zu sehen sind (Atilgan 2002; Faist 2000b; Faist et al. 2004; Kleber 1997; Pries 2000). Dabei betonen die Autoren die Bedeutung der Etablierung doppelter Staatsangehörigkeit, um das Recht auf politische Inklusion oder Bürgerschaft auch in der Zukunft sicher zu stellen, während andere Autoren die Relevanz der Staatsangehörigkeit in den vergangenen Jahren in Frage gestellt haben (Prümm 2004; Soysal 1994³⁸). Aber unabhängig von der Frage, welche Bedeutung der Staatsangehörigkeit als politischer Mitgliedschaft von den einzelnen Individuen zugewiesen wird, die mit wachsenden Rechten der Nichtmitglieder (Ausländer) sicherlich weiter sinken wird: Aus der Anwesenheit einer zunehmenden Anzahl von Nichtmitgliedern und damit Nichtwählern in politischen Kollektiven wird sich langfristig ein Spannungsfeld für die demokratische Legitimation dieser Kollektive ergeben. Einbürgerungspolitik und die Diskussion mehrfacher Staatsangehörigkeiten werden deshalb in Deutschland auch weiterhin auf der migrationspolitischen Agenda zu finden sein.

³⁸ Die Autorin untersucht vorhandene Partizipationsmöglichkeiten im internationalen Vergleich und analysiert u.a. auch am deutschen Beispiel, dass Rechte und Pflichten, die nicht an die Staatsangehörigkeit gebunden sind (wie Sozialrechte und politische Rechte), international zunehmen. Die Tatsache, dass politische Partizipation auch ohne die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes möglich sei, zeige, dass sich in den modernen Nationalstaaten der Nachkriegszeit bereits neue Formen von „postnationaler“ Mitgliedschaft herausgebildet hätten.

5 Strukturelle Rahmenbedingungen der Integration von Zuwanderern: Zugangsmöglichkeiten und Barrieren

Das Ausmaß von Zugangsmöglichkeiten und Barrieren spiegelt die gesellschaftliche Bereitschaft für die Aufnahme von Zuwanderern wider und bestimmt den Erfolg ihrer Integration in die Gesellschaft. Die Auswirkungen von Zuwanderung auf eine Gesellschaft hängen vom allgemeinen Verständnis des Themas Zuwanderung in der Aufnahmegesellschaft und der damit verknüpften Integrationspolitik ab. Sprachkenntnisse, Bildung und Beschäftigung sind für die Integration von Zuwanderern von entscheidender Bedeutung. Der Zugang zum Bildungs- und Ausbildungssektor sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt haben weit reichende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Wohnverhältnisse. Darüber hinaus spielen das Ausmaß rechtlicher Gleichstellung und die Möglichkeiten politischer Beteiligung für die Integration von Zuwanderern eine wichtige Rolle. Die Situation von Migranten in den verschiedenen Integrationsbereichen kann allerdings nur partiell erfasst werden: Migranten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, werden in der amtlichen Statistik als Deutsche ausgewiesen. Die Integrationssituation von Zuwanderern könnte daher insgesamt zu negativ eingeschätzt werden (Salentin/Wilkening 2003). Um diese differenzierter beurteilen zu können, sind daher Studien erforderlich, die einen Vergleich von eingebürgerten und nicht eingebürgerten Migranten vornehmen.

5.1 Phasen der Integrationspolitik

Die deutsche Integrationspolitik war lange Zeit von einem „laissez-faire-Ansatz“ gekennzeichnet. Als man im Jahr 1955 die ersten ausländischen Arbeitnehmer anwarb, wurde davon ausgegangen, dass

sie nach Ende ihrer Arbeitsverpflichtung wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten. Zuwanderung wurde als temporäres Phänomen angesehen, so dass eine umfassende Integrationspolitik nicht notwendig erschien. Einzelne Bemühungen zur Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft orientierten sich am Rechtsstatus der Zuwanderer bei ihrer Ankunft und wurden von der Regierung in unterschiedlichem Maße unterstützt. Neuere Forschungen zeigen, dass die Regierung gegenüber den sozialen Problemen in diesem Bereich nicht blind war (Sonnenberger 2003). Die Integration von Personen mit ethnischer deutscher Abstammung aus Osteuropa (Aussiedler) wurde u.a. durch Sprachkurse und Beratungsangebote gefördert. Erst nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ war die Regierung aufgrund des starken Zustroms gezwungen, ihre Unterstützung für diesen Personenkreis einzuschränken.

Nachdem die Bundesregierung im Zuge von Rezession und Ölkrise die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften 1973 gestoppt hatte, wurde statt dessen eine Politik der „Konsolidierung der Beschäftigung von Ausländern“ propagiert. Ziel war zum einen die Förderung der Rückkehr von ausländischen Arbeitnehmern in ihr Heimatland und zum anderen die Förderung der Integration von Personen, die zusammen mit ihren Familien in Deutschland lebten (Motte 1999). Obwohl eine beachtliche Anzahl von „Gastarbeitern“ in ihre Heimatländer zurückkehrte, wuchs die ausländische Bevölkerung aufgrund von Familienzusammenführung weiter an (Heckmann 2003). Als Folge davon kam es zum Ende der 1970er Jahre zu einem starken Anstieg der Zahl ausländischer Schulkinder, was eine ernsthafte Herausforderung für die deutsche Integrationspolitik darstellte: Lehrkräfte wurden mit Sprachschwierigkeiten und Entfremdungseffekten der „zweiten Generation“ konfrontiert. Zudem wurden vielfältige Probleme von inter-ethnischen Beziehungen offensichtlich. Vor diesem Hintergrund wurde die Zuwanderung zum ersten Mal als politisches und gesellschaftliches Problem betrachtet. Im Jahr 1978 wurde der ehemalige Ministerpräsident des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, zum ersten Bundesbeauftragten für Ausländeran-

gelegenheiten in Deutschland ernannt. Das „Kühn-Memorandum“ von 1979 dokumentierte die Schwierigkeiten eines Landes, das die faktische Zuwanderungssituation nicht anerkannte. Das Memorandum wies u.a. auf die Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen insbesondere für die in Deutschland aufwachsenden Jugendlichen der zweiten Generation hin. Nur wenige der auch heute noch relevanten Empfehlungen wurden jedoch in den nachfolgenden Jahren in die Praxis umgesetzt (Geiß 2001). Die 1980er Jahre werden rückblickend daher als ein „verlorenes Jahrzehnt“ in der Integrationsarbeit angesehen. Bis zur Verabschiedung des Ausländergesetzes im Jahr 1990 kann man die Politik gegenüber Arbeitsmigranten als eine unspektakuläre, politisch unbeabsichtigte, dennoch schrittweise Integrationspraxis für Ausländer bewerten, die je nach Bedarf umgesetzt wurde (Bommes et al. 1999).

Die Integrationspolitik vergangener Jahrzehnte war durch eine pragmatische und stufenweise Vorgehensweise gekennzeichnet: Die Anwerbung von „Gastarbeitern“ und die folgende Familienzusammenführung führten zu einer Reihe von Maßnahmen, die soziale Unterstützung, Beratung und den Zugang zu den staatlichen Wohlfahrtseinrichtungen sicherstellen sollten. Der Integrationspolitik mangelte es jedoch an einem umfassenden Umgang mit einer dauerhaft bleibenden Zuwanderungsbevölkerung. Defizite zeigten sich vor allem in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und politische Beteiligung. „*Deutschland ist kein Einwanderungsland*“ war die lange Zeit vorherrschende Meinung (Heckmann 2003; Meier-Braun 2002: 30-92; Bade 1994), wodurch die Chancen zu einer frühen und nachhaltigen Integrationspolitik blockiert wurden.

Das Fehlen einer umfassenden Integrationspolitik führte dazu, dass Zuwanderer im Vergleich zu Deutschen strukturell benachteiligt waren, was ihre Integration in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen erschwerte. Mit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 wurden in der Migrations- und Integrationspolitik jedoch neue Wege beschritten, z.B. mit der Reform des Staatsangehörigkeitsge-

setzes 2000, das nun die Einbürgerung von Ausländern der zweiten Generation erleichterte (vgl. Kapitel 3.2). Der im Juli 2001 veröffentlichte Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ trug wesentlich zur öffentlichen Debatte über Migrations- und Integrationsfragen bei. Die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Juli 2004 ist ein zentrales Ergebnis dieser Debatte und ein wichtiger Schritt in die Zukunft, indem sich Deutschland zunehmend als Zuwanderungsland begreift. Gleichzeitig wird die Integration von Zuwanderern zum ersten Mal als politisches Ziel definiert. Das Zuwanderungsgesetz schreibt Neuankömmlingen die Pflicht zum Besuch von Integrationskursen vor. Diese Kurse bestehen aus einem Sprachkurs zur Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse und einem Orientierungskurs, der Grundkenntnisse über Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland vermitteln soll. Auch für Ausländer, die bereits seit längerem in Deutschland leben, besteht unter bestimmten Umständen die Pflicht zur Teilnahme, aber auch ein freiwilliger Besuch der Kurse ist möglich. Weiterhin wurde für die Initiierung und Begleitung des Integrationsprozesses die Beratung für Migranten neu geordnet.

5.2 Zugang zur Staatsbürgerschaft

Bis Januar 2000 sahen sich Zuwanderer mit hohen Hürden konfrontiert, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollten, obwohl das Ausländergesetz von 1990 verbesserte Möglichkeiten zur Einbürgerung für junge Ausländer und für „Gastarbeiter“ geschaffen hatte, die zwischen 1955 und 1973 nach Deutschland gekommen waren (Böcker/Thränhardt 2003). Dieses Einbürgerungsmodell beruhte auf dem Prinzip *ius sanguinis*, d.h. auf der Abstammung. Zuwanderer hatten daher nur einen begrenzten (bzw. langwierigen) Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit, obwohl viele von ihnen schon seit Jahrzehnten in Deutschland lebten. Im Gegensatz hierzu erhielten Personen mit ethnischer deutscher Abstammung einen deutschen Pass automatisch nach ihrer Ankunft.

Trotzdem haben viele Zuwanderer mit der Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Insbesondere unter den Bürgern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten stieg die Einbürgerungszahl in den neunziger Jahren erheblich an. Heute besitzt z.B. fast jede vierte Person türkischer Herkunft die deutsche Staatsangehörigkeit (Salentin/Wilkening 2003).

Im Zuge der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die zum 1. Januar 2000 in Kraft trat, erhalten Kinder von Ausländern mit langfristigem Aufenthaltsrecht, die in Deutschland geboren werden, zusätzlich zur Staatsangehörigkeit ihrer Eltern automatisch auch die deutsche. Im Alter von 18 bis 23 Jahren müssen sie sich jedoch für eine Staatsangehörigkeit entscheiden (Optionsmodell). Ausländer, die länger als acht Jahre rechtmäßig in Deutschland leben, haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen: ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache; der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis bzw. Aufenthaltsberechtigung; das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung; eine Loyalitätserklärung, keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu verfolgen oder verfolgt zu haben; die Sicherung des Lebensunterhaltes aus eigenen Mitteln; keine Vorstrafen und Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit.

5.3 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Trotz des Anwerbstopps von 1973 zeigte sich in den folgenden Jahren, dass ungeachtet der wachsenden Arbeitslosigkeit in manchen Bereichen weiterhin ein Bedarf für die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer bestand. Dies führte zu einer Reihe von Ausnahmeregelungen. Im Jahr 1991 wurden diese in der so genannten ASAV (Anwerbstopppausnahmeverordnung) zusammengefasst. Für fest umrissene Gruppen bedeutete das eine Änderung der Einreisebestimmungen und ermöglichte Nicht-EU-Bürgern, eine bezahlte Beschäftigung (z.T. saisonal) aufzunehmen. Die ASAV schuf allerdings kaum Möglichkeiten zur Anwerbung von hoch qualifizierten

Zuwanderern. Die Green Card-Initiative im Jahr 2000 verdeutlichte aber noch einmal die grundsätzliche Notwendigkeit für Regelungen in diesem Bereich.

Durch das Zuwanderungsgesetz vom Juli 2004 wurden die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für hoch qualifizierte Zuwanderer erleichtert, obwohl der allgemeine Anwerbestopp weiterhin bestehen bleibt. Das ehemalige duale Genehmigungsverfahren für Arbeit und Aufenthalt wurde durch ein neues Verfahren ersetzt. Die Ausländerbehörde stellt nunmehr (nach Einholung einer Zustimmung bei der Arbeitsverwaltung) Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung zusammen aus (*one-stop-government*). Eine Arbeitserlaubnis wird dann ausgestellt, wenn ein öffentliches Interesse an einer Beschäftigung besteht. Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union genießen nach dem Vorrangprinzip gegenüber Angehörigen aus Drittländern einen bevorzugten Zugang zum Arbeitsmarkt für eine qualifizierte Beschäftigung. Nach dem Zuwanderungsgesetz können hoch qualifizierte Personen eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis erhalten. Deren Familienangehörige haben ebenfalls Zugang zum Arbeitsmarkt. Auch der Zugang für ausländische Unternehmer ist unter bestimmten Bedingungen erleichtert worden: Selbstständige Personen können eine (befristete) Aufenthaltserlaubnis bzw. eine (unbefristete) Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn sie mindestens eine Million Euro investieren und zehn oder mehr Arbeitsplätze schaffen. Zudem bietet das Zuwanderungsgesetz ausländischen Studenten die Möglichkeit, nach ihrem Studium befristet in Deutschland zu bleiben und Arbeit zu suchen. Insgesamt ist damit eine vorsichtige Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für hoch qualifizierte Zuwanderer zu erkennen.

Bisher verfügten Zuwanderer im Durchschnitt über eine geringere formelle Bildung als Einheimische (Loeffelholz 2002). Sie haben daher häufig weniger attraktive Arbeitsplätze, die durch geringere Bezahlung, ungünstigere Arbeitsbedingungen und ein höheres Arbeitsplatzrisiko gekennzeichnet sind. Die Arbeitslosenquote auslän-

discher Arbeitskräfte liegt seit Anfang der 1970er Jahre deutlich über der für Inländer. Die Arbeitsmigration nach Deutschland unterscheidet sich von den Erfahrungen anderer OECD-Staaten in zumindest zwei Punkten (Pries 2003):

- Der Industriesektor beschäftigte lange mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte. „Gastarbeiter“ wurden fast ausschließlich für Arbeitsplätze in diesem Sektor angeworben, wo nur geringe Qualifikationsvorgaben herrschten. Die gewachsene Polarisierung zwischen Einheimischen und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt spiegelt den ungünstigen Ausgangspunkt von Zuwanderern wider. Die Industriesektoren mit manueller und oft gering qualifizierter Beschäftigung (wie zum Beispiel der Bergbau, die Stahl- und die Automobilindustrie) durchliefen einen schwierigen Restrukturierungsprozess, wobei sich die „Gastarbeiter“ in einer prekären Situation befanden, da sie am wenigsten in der Lage waren, den Arbeitsplatzverlust durch Bildung, Berufsqualifikationen und Mobilität zu kompensieren.³⁹
- Das deutsche berufliche Ausbildungswesen definiert eine klare Segmentierungslinie hinsichtlich Einkommen und Arbeitsbedingungen, was Zuwanderer, die nicht „Facharbeiter“ sind oder deren „Facharbeiterbrief“ nicht anerkannt wird, daran hindert, zu qualifizierter Beschäftigung aufzusteigen. Dies ist ein Hindernis, das die Aufstiegschancen insbesondere für Zuwanderer aus der ersten Generation blockierte. Neuere Studien zur beruflichen Aufstiegsmobilität zeigen allerdings, dass Migranten aus der zweiten und dritten Generation ihre Arbeitsmarktposition häufig verbessert haben.

5.4 Bildung und Ausbildung

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich der Bildungsabstand zwischen Migrantenkindern der zweiten und dritten Generation und

³⁹ Zur aktuellen Verteilung der Beschäftigten nach Sektoren vgl. Kapitel 4.1.3.

deutschen Kindern zwar verringert, aber nach wie vor nicht angeleglichen (Hunger/Thränhardt 2004; Gogolin 2000). Dies ist insofern von Bedeutung, da die soziale und kulturelle Integration – vermittelt über Sprachkenntnisse und Bildungsleistungen – grundsätzliche Vorbedingungen für eine strukturelle Integration darstellen. Das deutsche Bildungssystem ist wesentlich durch folgende Eigenschaften geprägt:

- Tendenzen der Integration bzw. Segregation manifestieren sich bereits im Vorschulalter. Argumentiert wurde, dass eine niedrige Besuchsquote des Kindergartens bei der Gruppe ausländischer Kinder sich in begrenzte Chancen im schulischen Bildungswesen überträgt, da die Grundbildungsfähigkeiten bereits im Kindergarten vermittelt werden. Dies trifft heute nur noch bedingt zu, da der Kindergartenbesuch unter den ausländischen Kindern nicht wesentlich niedriger ist als unter deutschen Kindern (Beauftragte 2002). Gleichwohl spielt der begrenzte Zugang zu einer vorschulischen Bildung und die damit einher gehende Beeinträchtigung von Bildungschancen ausländischer Kinder weiterhin eine Rolle.
- Ausländische Kinder, die in Deutschland keinen Kindergarten besuchen, können ihren ersten intensiven Kontakt mit der Gastgesellschaft erst im Alter von sechs oder sieben Jahren bei der Einschulung in der Grundschule erfahren. Das steht im Gegensatz zu anderen Ländern wie zum Beispiel Frankreich, wo durch das öffentliche und laizistische vorschulische System bereits bei Kindern im Alter von drei oder vier Jahren damit begonnen wird, Unterschiede in der Sprachbeherrschung zu kompensieren. Die Ergebnisse der PISA-Studie (Program for International Student Assessment) sind teilweise unter Berücksichtigung dieser Fakten zu erklären. Die fehlende Sprachfertigkeit (in der Muttersprache wie im Deutschen) von Migrantenkindern ist eine Folge von erfahrenen Nachteilen im Vorschul- und Grundschulalter (Radtke 2004; Prenzel et al. 2004).

- Eine zweite Eigenschaft des deutschen Bildungswesens liegt in der internen Segmentierung der deutschen Schulen in drei Säulen (Hauptschule, Realschule und Gymnasium, wobei nur der letztere Schultyp den Zugang zu einer universitären Bildung erlaubt). Diese Segmentierung beginnt bereits im Alter von zehn Jahren. Die Schranken, die bei einem Wechsel zu einem höheren Bildungsweg zu überwinden sind, sind aufgrund unzureichender Durchlässigkeit zwischen den Schularten hoch. Das System zementiert sprachliche und andere relevante Defizite in den Fähigkeiten von Kindern mit Migrationshintergrund, die dadurch überwiegend auf der Hauptschule verbleiben.
- Eine dritte Eigenschaft des deutschen Bildungssystems liegt in der beruflichen Ausbildung. Da Ausbildungschancen im dualen Bildungssystem von schulischen Qualifikationen abhängig sind, häufen sich die seit der Vorschulzeit erfahrenen Nachteile von Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Das System erweist sich allerdings für jene als positiv, die eine Ausbildungsstelle bekommen, zumal ein Ausbildungsabschluss wiederum zentrale Voraussetzung für eine qualifizierte Beschäftigung ist. Das duale Bildungssystem spielt bei der Erklärung der im internationalen Vergleich relativ niedrigen Arbeitslosenquote von Migrantengleichgeschlechtlichen daher eine wichtige Rolle (Crul/Vermeulen 2003: 977).

5.5 Wohnverhältnisse und Segregation

Bei der Untersuchung von Integrationsprozessen spielen die Wohnverhältnisse und das direkte Umfeld eine entscheidende Rolle. Die Wohnverhältnisse von Zuwanderern sind im Vergleich zu denen der Deutschen nicht günstig. Ein wichtiger Grund sind die niedrigeren Einkommen, welche die Möglichkeiten der Zuwanderer auf dem Wohnungsmarkt einschränken. Studien zeigen, dass trotz einer Verbesserung der Wohnverhältnisse für Minderheiten nur in wenigen Fällen der Abstand zwischen der Wohnqualität von Deutschen und Ausländern verringert wurde (Drever/Clark 2002). Gleichwohl

ist erkennbar, dass sich die Wohnsituation der zweiten Generation insgesamt verbessert hat und dass es bei den länger ansässigen Migrantengruppen verstärkt zu Eigentumbildung kommt (vgl. Kapitel 4.1.7).

Die Wohnungs- und städtische Politik hat die Segregation immer als Faktor der sozialen Ungleichheit bekämpft. Segregation ist die Projektion sozialer Strukturen. Sie beschreibt die empirische Tatsache, dass sich sozial benachteiligte Gruppen auf bestimmte Stadtteile konzentrieren. Soziale und räumliche Segregation stellt für Gemeinden ein gravierendes Problem dar. Benachteiligte Stadtgebiete entwickeln sich bevorzugt in nicht sanierten Altstadtvierteln, in öffentlichen Wohnsiedlungen und in städtisch-industriellen Randgebieten, wo das Zusammentreffen von sozialer Ungleichheit, ethnischen Unterschieden und räumlicher Isolierung einen Komplex von Benachteiligungseffekten schaffen. Ein solches Aufkommen von sozialen und ethnischen Unterschieden in Verbindung mit räumlicher Konzentration führte dazu, dass die Segregation zu einer äußerst kontroversen politischen Angelegenheit wurde: Das Leben in einem Gebiet mit ethnischer Konzentration kann einen positiven wie negativen Effekt auf den Integrationsprozess haben (Häußermann/Siebel 2001; Salentin 2004). In Deutschland wird eine lebhafteste Debatte in Wissenschaft und Politik über das mögliche Entstehen von ethnischen „Parallelgesellschaften“ in segregierten Stadtvierteln geführt. Im internationalen Vergleich ist die ethnische Segregation in Deutschland aber als gering einzuschätzen.

6 Schlussfolgerungen

In Deutschland bestehen in allen Bereichen der Migrations- und Integrationspolitik mehr oder minder große Erkenntnisdefizite. Als Folge der über lange Zeit von der Politik vertretenen Auffassung, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, war das Interesse an einer nachhaltigen Verbesserung des Wissensstandes und an aussagekräftigen Daten lange sehr gering.

Die Forschungslücken und die unbefriedigende Datenlage werden in Deutschland seit langem kritisiert. Die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ hat in ihrem 2001 erschienenen Bericht u.a. eine Verbesserung der verschiedenen Wanderungsstatistiken, die Aufnahme neuer aussagekräftiger Merkmale in amtliche Erhebungen (insbesondere Angaben zur Herkunft von Befragten) und die Etablierung von wissenschaftlicher Begleitforschung empfohlen. Dies wurde im Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration nochmals ausdrücklich betont.

Für eine umfassende sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung sind statistische Daten notwendig, die Verlaufs- und Kausalanalysen über Zuwanderungs- und Integrationsprozesse und deren Folgewirkungen ermöglichen. Zur wissenschaftlichen Analyse des Migrations- und Integrationsgeschehens bedarf es aber nicht nur einer statistisch differenzierteren Erfassung von Zuwanderern, sondern auch einer ausgebauten Wanderungsstatistik. Nationale Wanderungsstatistiken gewinnen ihre Aussagekraft allerdings erst im Rahmen internationaler Vergleiche. Bislang ist die Wanderungsstatistik in Deutschland wie auch in den anderen EU-Staaten hauptsächlich national ausgerichtet und orientiert sich kaum an internationaler Vergleichbarkeit. Nationale Unterschiede in den Definitionen der verschiedenen Zuwandererkategorien wie auch in der Datenqualität führen dazu, dass direkte Vergleiche oft nicht bzw. nur eingeschränkt möglich sind.

Besondere Bedeutung kommt der Abschätzung der Aufnahme- und Integrationskapazität mit Hilfe eines Indikatorensystems zu. Ein solches System setzt zum einen gesicherte empirische Erkenntnisse voraus. Dazu muss eine detaillierte und wissenschaftlich fundierte Sozialberichterstattung über Migration und Integration geschaffen werden. Zum anderen sind präzise Zielvorgaben zu formulieren und es müssen Indikatoren gefunden werden, welche die relevanten Ziele abbilden – auch wenn sie schwer zu operationalisieren sind. Dabei sind die Indikatoren zu ermitteln, die wissenschaftlich verantwortlich und für die Politik besonders vordringlich sind, beispielsweise für die Bereiche der arbeitsmarkt- und bildungsbezogenen Zuwanderung. Ein zunehmend wichtiger Bereich der wissenschaftlichen Forschung zu Migration und Integration ist zudem die Evaluationsforschung. Begleitstudien über die Wirkung von Integrationsmaßnahmen sind für eine umfassende Integrationspolitik unverzichtbar. Nur mit ihrer Hilfe lassen sich belastbare Aussagen über die Aufnahme- und Integrationskapazitäten eines Landes treffen. Für den Bereich der Zuwanderungssteuerung hat der Gesetzgeber reagiert und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Einrichtung für Begleitforschung etabliert. Nach § 75 Nr. 4 Aufenthaltsgesetz hat das BAMF die Aufgabe des Betriebes wissenschaftlicher Forschungen über Migrationsfragen (Begleitforschung) zur Gewinnung analytischer Aussagen für die Steuerung der Zuwanderung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Unzulänglichkeiten der Forschung und der Datenverfügbarkeit nicht nur jene Forschungsbereiche betreffen, die für die politische Steuerung von Zuwanderung und die Bewältigung von Integrationsherausforderungen besonders relevant sind. Datentechnische Probleme und inhaltliche Defizite betreffen die Migrations- und Integrationsforschung vielmehr insgesamt. Notwendig ist eine ausdifferenzierte, interdisziplinär orientierte und institutionell breit verankerte Forschung.

7 Literatur

- Alesina, A./La Ferrara, E. (2003):** Ethnic Diversity and Economic Performance. Harvard Institute of Economic Research Discussion Paper No. 2028. Cambridge, MA: Harvard University.
- Angenendt, St./Kruse, I. (2003):** Der schwierige Wandel. Die Gestaltung der deutschen und europäischen Migrationspolitik an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert. In: Oltmer, J. (Hg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. IMIS-Schriften 12. Göttingen: V&R unipress, 481-497.
- Atilgan, C. (2002):** Türkische Diaspora in Deutschland: Chance oder Risiko für die deutsch-türkischen Beziehungen. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Bade, K. J. (Hg.)(1994):** Das Manifest der 60. Deutschland und die Zuwanderung. München: Beck.
- Bade, K. J./Bommes, M. (2000):** Migration und politische Kultur im Nicht-Zuwanderungsland. In: Bade, K. J./Münz, R. (Hg.), Migrationsreport 2000. Fakten-Analysen-Perspektiven. Frankfurt am Main/New York: Campus, 163-183.
- Bade, K. J./Bommes, M. (2004):** Einleitung: Integrationspotentiale in modernen europäischen Wohlfahrtsstaaten. In: dies. u. Münz, R. (Hg.)(2004), Migrationsreport 2004. Fakten-Analysen-Perspektiven. Frankfurt am Main/New York: Campus, 11-42.
- Bade, K. J./Oltmer, J. (1999):** Einführung: Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme. In: dies. (Hg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. IMIS-Schriften 8. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 9-54.

- Bauer, T. (2002):** Migration, Sozialstaat und Zuwanderungspolitik. IZA Discussion Paper No. 505. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Bauer, T./Zimmermann, K. F. (1999):** Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. IZA Research Report No. 3. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000):** Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin und Bonn.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2001):** Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten im Auftrag der Bundesregierung. Berlin und Bonn.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2002):** Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin und Bonn.
- Becker, J./Behnisch, R. (2002):** Vorwort. In: dies. (Hg.), Zwischen Autonomie und Gängelung. Türkische Medienkultur in Deutschland II. Rehbürg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 7-13.
- Birg, H. (2000):** Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Europa - Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme. Unterlagen für den Vortrag bei der Sachverständigenanhörung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.
- Blanes Cristóbal, J. V. (2004):** Does Immigration Help to Explain Intra-Industry Trade? Evidence for Spain. Economic Working Papers at Centra E2004/29. Fundación Centro de Estudios Andaluces.

- Böcker, A./Thränhardt, D. (2003):** Erfolge und Misserfolge der Integration – Deutschland und die Niederlande im Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26, 3-11.
- Bommes, M. (1992):** Interessenvertretung durch Einfluss. Ausländervertretungen in Niedersachsen. Osnabrück: AG KANN.
- Bommes, M. (2003):** Die politische „Verwaltung“ von Migration in Gemeinden. In: Oltmer, J. (Hg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen: V&R unipress, 459-480.
- Bommes, M./Castles, St./Wihtol de Wenden, C. (Hg.)(1999):** Migration and Social Change in Australia, France and Germany. IMIS-Beiträge 13. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien.
- Bonin, H. (2002):** Eine fiskalische Gesamtbilanz der Zuwanderung nach Deutschland. IZA Discussion Paper No. 516. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Booz Allen Hamilton (1998):** Durchbruch Multimedia – Deutschland im internationalen Vergleich. Eine Untersuchung im Auftrag des Projektträgers des bmb+f für Informationstechnik. Bonn.
- Borjas, G. J. (1994):** The Economics of Immigration. In: Journal of Economic Literature, 32 (4), 1667-1717.
- Borjas, G. J. (1995):** The Economic Benefits from Immigration. In: Journal of Economic Perspectives, 9 (2), 3-22.
- Burgbacher, H. G. (2004):** Migrantenunternehmer. Existenzgründung und –förderung am Beispiel Hamburgs. Münster: LIT.
- Caglar, A. (1998):** Verordnete Rebellion. Deutsch-türkischer Rap und türkischer Pop in Berlin. In: Mayer, R./Terkessidis, M. (Hg.): Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur. Planegg: Hannibal, 41-56.

- Castles, St./Miller, M.** (2003): The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World. 3. Auflage. London: Macmillan.
- Chiellino, C.** (Hg.)(2000): Interkulturelle Literatur in Deutschland. Stuttgart: Metzler.
- Cobb-Clark, D. A./Connolly, M.** (1997): The Worldwide Market for Skilled Migrants: Can Australia compete? In: International Migration Review 31 (3), 130-153.
- Crul, M./Vermeulen, H.** (2003): The Second Generation in Europe. In: dies. (Hg.), The Future of the Second Generation: The Integration of Migrant Youth in Six European Countries. Special Issue of the International Migration Review, 37, 965-986.
- Datendienst Migration** April 2004 (www.migration-online.de).
- Decker, F.** (1982): Ausländer im politischen Abseits. Möglichkeiten ihrer politischen Beteiligung. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- DeNew, J. P./Zimmermann, K. F.** (1994a): Blue Collar Labor Vulnerability: Wage Impacts of Migration. In: Steinmann, G./Ulrich, R. E. (Hg.), The Economic Consequences of Immigration to Germany. Heidelberg: Physica-Verlag, 81-99.
- DeNew, J. P./Zimmermann, K. F.** (1994b): Native Wage Impacts of Foreign Labour: A Random Effects Panel Analyses. In: Journal of Population Economics, 7 (2), 177-192.
- Deutsche Bischofskonferenz** (2003): Christen und Muslime in Deutschland. Arbeitshilfen 172. Bonn: Deutsche Bischofskonferenz.
- Deutscher Gewerkschaftsbund** (Hg.)(1994): Erleichterte Einbürgerung - Ius Solis - Doppelstaatsbürgerschaft. Forderungen, Informationen, Grundlagen. Düsseldorf.

- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.)**(1996): Doppelstaatsbürgerschaft! Warum? Materialien für die Bildungsarbeit. Düsseldorf.
- DeVoretz, D. J.** (2004): Immigration Policy: Methods of Economic Assessment. IZA Discussion Paper No. 1217. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Diehl, C.** (2002): Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung. Opladen: Leske + Budrich.
- Diehl, C./Urbahn, J.** (1999): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dohse, K.** (1981): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Königstein/Taunus: Hain.
- Dresbach, B.** (2002): Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. In: Becker, J./Behnisch, R. (Hg.): Zwischen Autonomie und Gängelung. Türkische Medienkultur in Deutschland II. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum, 161-172.
- Drever, A./Clark, W.** (2002): Gaining Access to Housing in Germany: The Foreign-minority Experience. In: Urban Studies, 39 (13), 2439-2453.
- Dunlevy, J./Hutchinson, W.** (1999): The Impact of Immigration on American Import Trade in the Late Nineteenth and Early Twentieth Centuries. In: Journal of Economic History 59, 1043-1062.
- Easterly, W.** (2001): Can Institutions Resolve Ethnic Conflict? In: Economic Development and Cultural Change 49 (4), 687-706.

- Emmendorfer-Bröbeler, C.** (1999): Karagöz, Karneval und Halloween. Bei Festen bleibt nichts wie es war – so war es schon immer. In: *AiD – Ausländer in Deutschland* 4/99, 12.
- Ergi, I.** (2000): Lebenssituation und politische Beteiligung von ArbeitsimmigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland. Möglichkeiten, Probleme und Formen, dargestellt am Beispiel von TürkInnen. Marburg: Tectum.
- Esser, H.** (1980): Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Esser, H.** (2004): Welche Alternativen zur Assimilation gibt es eigentlich? In: Bade, K. J./Bommers, M. (Hg), *Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge* 23, 41-60.
- Faist, T.** (2000a): *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces.* Oxford: Oxford University Press.
- Faist, T.** (Hg.) (2000b): *Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei.* Bielefeld: transcript.
- Faist, T./Gerdes, J./Rieple, B.** (2004): Dual Citizenship as a Path-Dependent Process. In: *International Migration Review*, 38 (3), 913-944.
- Fertig, M./Schmidt, C. M.** (2001): *First- and Second-Generation Migrants in Germany - What Do We Know and What Do People Think.* IZA Discussion Paper No. 286. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.

- Fijalkowski, J./Gillmeister, H. (1997):** Ausländervereine. Ein Forschungsbericht über die Funktion für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft am Beispiel Berlins. Berlin: Hitit.
- Freeman, R. (1997):** Migration of Foreign Scientists and Engineers to the US. Workshop Summary. Boston: Sloan Foundation and Boston University.
- Frei, K. (2003):** Wer sich maskiert, wird integriert: Der Karneval der Kulturen in Berlin. Berlin: Schiler.
- Freund, A. (2004):** Aufbrüche nach dem Zusammenbruch. Die deutsche Nordamerika-Auswanderung nach dem Zweiten Weltkrieg. Studien zur historischen Migrationsforschung 12. Göttingen: V&R unipress.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.)(2002):** Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Zuwanderungsland Deutschland in der Praxis. Dokumentation der Fachtagung vom 23./24. März 2002, in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung. Berlin.
- Gaitanides, St. (2003):** Selbsthilfepotenzial von Familien ausländischer Herkunft, freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten – Struktur, Funktion, Förder- und Anerkennungsdefizite. In: iza – Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 2, 21-29.
- Gang, I. N./Rivera-Batiz, F. L. (1994):** Unemployment and attitudes towards foreigners in Germany. In: Steinmann, G./Ulrich, R. E. (Hg.), The Economic Consequences of Immigration to Germany. Heidelberg: Physica-Verlag, 121-154.
- Geiß, B. (2001):** Die Ausländerbeauftragten der Bundesregierung in der ausländerpolitischen Diskussion. In: Currlé, E./Wunderlich, T. (Hg.): Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen. Stuttgart: Lucius & Lucius, 127-140.

- Gieseck, A./Heilemann, U./Loeffelholz, H. D. von** (1995): Economic Implications of Migration into the Federal Republic of Germany 1988-1992. In: *International Migration Review* 29 (3), 693-709.
- Girma, S./Yu, Z.** (2002): The link between immigration and trade. Evidence from the UK. *Weltwirtschaftliches Archiv* 138 (1), 115-130.
- Glover, S./Gott, C./Loizillon, A. et al.** (2001): Migration: an economic and social analysis. Occasional Paper 67. London: Home Office (Research, Development and Statistics).
- Gogolin, I. (Hg.)**(2000): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Opladen: Leske + Budrich.
- Goldberg, A./Sauer, M.** (2002): Perspektiven der türkischstämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen. Zusammenfassung der vierten Mehrthemenbefragung 2002 (www.zft-online.de/deutsch/php).
- Goldberg, A./Sauer, M.** (2003): Konstanz und Wandel der Lebenssituation türkischstämmiger Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der fünften Mehrthemenbefragung, im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen: Zentrum für Türkeistudien.
- Goldberg, A./Sen, F.** (1997): Türkische Unternehmer in Deutschland: Wirtschaftliche Aktivitäten einer Zuwanderungsgesellschaft in einem komplexen Wirtschaftssystem. In: Häußermann, H./Oswald, I. (Hg.), *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Sonderheft *Leviathan* Nr. 17, 63-84.
- Gott, C./Johnston, K.** (2002): The migrant population in the UK: fiscal effects. Occasional Paper 77. London: Home Office (Research, Development and Statistics).

- Gould, D. M.** (1994): Immigration Links to The Home Country: Empirical Implications for U.S. Bilateral Trade Flows. In: Review of Economics and Statistics 76 (2), 302-316.
- Gover, J./Huray, P. G.** (1998): The U.S. Engineers Shortage – How Real? In: Research Technology Management, 41 (6), 9-15.
- Greve, M.** (2003): Die Musik der imaginären Türkei. Musik und Musikleben im Kontext der Migration aus der Türkei in Deutschland. Stuttgart: Metzler.
- Gries, M.-L.** (2000): Radio Multikulti. Weltkultur „am Ende der Skala“. In: AiD – Ausländer in Deutschland 4/00, 7.
- Gruner-Domic, S.** (1999): Beschäftigung statt Ausbildung. Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR (1961 bis 1989). In: Motte, J./Ohliger, R./Oswald, A. von (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main/New York: Campus, 215-240.
- Hailbronner, K.** (2001): Das neue deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz. In: Neue Verwaltungszeitschrift, 20, 1329-1335.
- Haisken-DeNew, J. P./Zimmermann, K. F.** (1995): Wage and Mobility Effects of Trade and Migration. CEPR Discussion paper No. 1318. London.
- Hamermesh, D.** (1993): Labour Demand. Princeton: Princeton University Press.
- Hammar, T.** (1994): Democracy and the Nation State. Aliens, Denizens and Citizens in a World of International Migration. Aldershot: Avebury.
- Harris, P. A.** (1999): Russische Juden und Aussiedler. Integrationspolitik und lokale Verantwortung. In: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. IMIS-Schriften 8. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 247-264.

- Hatzius, J.** (1994): The Unemployment and Earnings Effects of German Immigration. Applied Economics Discussion Paper 165. Oxford: Oxford Institute of Economics and Statistics.
- Häußermann, H./Siebel, W.** (2001): Integration and Segregation - Thoughts on an Old Debate. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 40 (1), englische Übersetzung unter www.difu.de/index.shtml?publikationen/dfk/en/01_1/01_1_haeussermann.shtml.
- Head, K./Ries, J.** (1998): Immigration and Trade Creation: Econometric Evidence for Canada. In: Canadian Journal of Economics, 31 (1), 47-62.
- Heckmann, F.** (2003): From Ethnic Nation to Universalistic Immigrant Integration: Germany. In: Heckmann, F./Schnapper, D. (Hg.), The Integration of Immigrants in European Societies. National Differences and Trends of Convergence. Stuttgart: Lucius & Lucius, 45-78.
- Heidemeyer, H.** (1994): Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR: 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 100. Düsseldorf: Droste.
- Heitmeyer, W./Müller, J./Schröder, H.** (Hg.) (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Herbert, U.** (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hieronimus, A.** (2001): „Prols“ und „Punks“: Mode, Marken und Moten. Kulturelle Stile, Codes und soziale Positionen. In: Bukow, W.-D. et al. (Hg.), Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die

multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration. Opladen: Leske + Budrich, 105-124.

- Hinken, G.** (2003): Die fremde Seite der „Deutschland AG“. In: Hunger, U./Santel, B. (Hg.): Migration im Wettbewerbsstaat. Opladen: Leske + Budrich, 33-57.
- Hirschler-Horáková, N.** (2003): „Neue Arbeitskräfte aus dem Osten“. „Repatriierung“ und Familienzusammenführung von Personen deutscher Herkunft aus der UdSSR in die DDR 1957. In: Oltmer, J. (Hg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. IMIS-Schriften 12. Göttingen: V&R unipress, 377-398.
- Hoffmann, L.** (1986): Beiräte, Wahlrecht, Bürgerrecht. Zur politischen Partizipation der nichtdeutschen Einwohner in der BRD. Frankfurt am Main: Dagyeli.
- Hoffmann, L.** (1989): Partizipation auf kommunaler Ebene. Ausländerbeiräte auf dem Weg zu Volksgruppenvertretungen? In: Sieveking, K. et al. (Hg.), Das Kommunalwahlrecht für Ausländer. Baden-Baden: Nomos, 43-68.
- Hönekopp, E.** (2000): Integration und Arbeitsmarkt: Bessere Qualifizierung ist der Schlüssel. Eine Analyse der Ausländerbeschäftigung in sieben Befunden. In: IAB Materialien Nr. 2/2000, 6-8.
- Hunger, U.** (2001): Party Competition and Inclusion of Immigrants in Germany. In: German Policy Studies/Politikfeldanalyse 1 (3): 302-330.
- Hunger, U.** (2003): Vom Brain Drain zum Brain Gain. Die Auswirkungen der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration.
- Hunger, U./Thränhardt, D.** (2004): Migration und Bildungserfolg: Wo stehen wir? In: Bade, K. J./Bommers, M. (Hg.), Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge 23, 179-197.

- Institut für Demoskopie Allensbach** (2003): Italienische Küche – Unschlagbar. Die Deutschen gehen gern auswärts essen. Allensbacher Berichte 13/2003. Allensbach am Bodensee.
- Jacobs, J.** (1969): The Economy of Cities. New York: Random House.
- Jensen, St.** (2001): Ausländerstudium in Deutschland. Die Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studierende. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Jordanova-Duda, M.** (2002): Ethnoportale. Unter Landsleuten im Netz. In: AiD – Ausländer in Deutschland 2/02, 15.
- Jungk, S.** (1999): Mehr Farbe in die Medien. Ein Modellprojekt zur interkulturellen Öffnung von Rundfunkanstalten. In: Butterwegge, C./Hentges, G./Sarigöz, F. (Hg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 207-227.
- Jungk, S.** (2000): Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten - Instanzen gelingender politischer Partizipation? (www.lzz-nrw.de/docs/instanzen.pdf).
- Jungk, S.** (2002): Politische und soziale Partizipation von Migrantinnen und Migranten und ihre Selbstorganisationen – Möglichkeiten der Mitwirkung, Inanspruchnahme und Chancen in Deutschland (www.lzz.nrw.de/docs/navend.pdf).
- Kallmeyer, W./Keim, I.** (2003): Eigenschaften von sozialen Stilen der Kommunikation: Am Beispiel einer türkischen Migrantinnen-gruppe. In: Erfurt, J. (Hg.), „Multisprech“: Hybridität, Variation, Identität. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 65, 35-56.
- Kaminer, W.** (2000): Russendisko. München: Goldmann.
- Kleger, H.** (Hg.) (1997): Transnationale Staatsbürgerschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus.

- Kloosterman, R./Rath, J.** (Hg.)(2003): Immigrant Entrepreneurs. Venturing Abroad in The Age of Globalization. New York: Berg.
- Klose, J.** (1994): Die Zigeuner kommen. Aufnahme von Roma-Familien durch den DGB-Landesbezirk Baden Württemberg. In: Kühne, P./Öztürk, N./West, K. (Hg.), Gewerkschaften und Zuwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz. Köln: Bund-Verlag, 62-66.
- Koch, U.** (2002): Migration und kulturelle Differenz in Gemeinden: das Beispiel Osnabrück. In: Bade, K. J./Oltmer, J. (Hg.), Zuwanderung und Integration in Niedersachsen. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 321-350.
- Kolb, H.** (2004): Einwanderung zwischen wohlverstandem Eigeninteresse und symbolischer Politik. Das Beispiel der deutschen „Green Card“. Studien zu Migration und Minderheiten 12. Münster: LIT.
- Koopmans, R.** (2004): Migrant mobilisation and political opportunities: variation among German cities and a comparison with the United Kingdom and the Netherlands. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 30 (3) 449-470.
- Koopmans, R./Statham, P.** (1999): Challenging the liberal nation state? Postnationalism, multiculturalism, and the collective claims-making of migrants and ethnic minorities in Britain and Germany. In: American Journal of Sociology, 105 (3), 552-596.
- Kothy, J./Klein, M.-L.** (2000): Integrativer Sport in desintegrativer Gesellschaft? Zur Qualität interethnischer Beziehungen im organisierten Sport. In: Klein, M. (Hg.), „Guter Sport“ in „schlechter Gesellschaft“? Heilsversprechen, Legitimationskrisen und strukturelle Probleme des Sports nahe dem Ende des 20. Jahrhunderts. Erfurt: Pädagogische Hochschule Erfurt, 38-54.

- Kuck, D.** (2003): „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“? Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR. In: Behrends, J. C./Lindenberger, T./Poutrus, P. G. (Hg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*. Berlin: Metropol, 271-281.
- Kühne, P./Öztürk, N./West, K.** (Hg.)(1994): *Gewerkschaften und Zuwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz*. Köln: Bund-Verlag.
- Lalonde, R./Topel, R.** (1997): Economic impact of international migration and the economic performance of migrants. In: Rosenzweig, M. R./Stark, O. (Hg.), *Handbook of Population and Family Economics, 1B*. Amsterdam, New York and Oxford: Elsevier Science North-Holland, 799-850.
- Lazear, E. P.** (1999): Culture and Language. In: *Journal of Political Economy* 107 (6), 95-126.
- Lazear, E. P.** (2000): Diversity and Immigration. In: Borjas, G. J. (Hg.), *Issues in the Economics of Immigration*. Chicago: University of Chicago Press, 117-142.
- Levine, P./Lotti, E./Pearlman, J.** (2003): The Immigration Surplus Revisited in a General Equilibrium Model with Endogenous Growth. FLOWENLA Discussion paper No. 20. Hamburg: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv.
- Lima Curvello, T./Pelkhofer-Stamm, M.** (2003): *Interkulturelles Wissen und Handeln. Neue Ansätze zur Öffnung sozialer Dienste. Dokumentation des Modellprojekts „Transfer interkultureller Kompetenz“*. Berlin.
- Loeffelholz, H. D. von** (2002): Beschäftigung von Ausländern – Chance zur Erschließung von Personal- und Qualifikationsreserven. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 35 (4), 628-644. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

- Loeffelholz, H. D. von/Buch, H./Gieseck, A. (1994):** Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern. Berlin: Duncker und Humblot.
- Loeffelholz, H. D. von/Köpp, G. (1998):** Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderung nach Deutschland. Schriften des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 63. Berlin.
- Lucas, R. E. (1988):** On the mechanics of economic development. In: Journal of Monetary Economics 22, 3-42.
- Marplan Forschungsgesellschaft (Hg.)(2000):** Ausländer in Deutschland. Offenbach.
- Mehrländer, U. (1994):** The Development of Post-War Migration and Refugee Policy. In: Spencer, S. (Hg.) Immigration as an Economic Asset. The German Experience. Stoke-on-Trent: IPPR/Trentham Books, 1-14.
- Meier-Braun, K.-H. (2001):** Nach wie vor „blinde Flecken“. 50 Jahre Migration und Massenmedien: Trotz Fortschritten besteht Nachholbedarf. In: Currie, E./Wunderlich, T. (Hg.): Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen. Stuttgart: Lucius & Lucius, 59-68.
- Meier-Braun, K.-H. (2002):** Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mertens, L. (1993):** Alija. Die Emigration der Juden aus der UdSSR/ GUS. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Bochum: Brockmeyer.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.)(1998):** Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Düsseldorf.

- Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.)**(2001): Integration durch Sport – Migrantinnen im Sport. Düsseldorf.
- Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.)**(2004): Muslimische Frauen im Sport – Erfahrungen und Perspektiven. Düsseldorf.
- Motte, J.** (1999): Gedrängte Freiwilligkeit. Arbeitsmigration, Betriebspolitik und Rückkehrförderung 1983/84. In: ders./Ohliger, R./Oswald, A. von (Hg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt am Main/New York: Campus, 165-183.
- Mühleisen, M./Zimmermann, K. F.** (1994): A Panel Analysis of Job Changes and Unemployment. In: European Economic Review, 38, 793-801.
- Münz, R.** (1997): Phasen und Formen der europäischen Migration. In: Angenendt, St. (Hg.), Migration und Flucht. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 342. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 34-47.
- Nerger-Focke, K.** (1995): Die deutsche Amerikaauswanderung nach 1945. Rahmenbedingungen und Verlaufsformen. German-American Studies 14. Stuttgart: Heinz.
- North, D.** (1995): Soothing the Establishment: The Impact of Foreign-Born Scientists and Engineers on America. Lanham, MD: University Press of America.
- Oltmer, J.** (Hg.) (2003): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen: V&R unipress.
- Østergard-Nielsen, E.** (2003): Transnational Politics. Turks and Kurds in Germany. London: Routledge.
- Özcan, E.** (1989): Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Hitit.

- Öztürk, N.** (1994): Der Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zwischen Bagatellisierung und hilflosem Aktionismus. In: Kühne, P./Öztürk, N./West, K. (Hg.), Gewerkschaften und Zuwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz. Köln: Bund-Verlag, 93-124.
- Öztürk, N.** (2002): Partizipation von Migranten und Zuwanderern in Betrieben und den Gewerkschaften. Das Beispiel der IG Metall. In: Treichler, A. (Hg.), Wohlfahrtsstaat, Zuwanderung und ethnische Minderheiten. Probleme, Entwicklungen, Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, 295-312.
- Pischke, J. S./Velling, J.** (1997): Employment effects of immigration to Germany: An Analysis Based on Local Labour Markets. In: Review of Economics and Statistics, 79 (4), 594-604.
- Poutrus, P. G.** (2004): Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2004, 355-378.
- Prenzel, M. et al.** (Hg.) (2004): PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster: Waxmann.
- Pries, L.** (2000): Transnationalisierung der Migrationsforschung und Entnationalisierung der Migrationspolitik. Das Entstehen transnationaler Sozialräume durch Arbeitswanderung am Beispiel Mexiko-USA. In: Bommers, M. (Hg.), Transnationalismus und Kulturvergleich. IMIS-Beiträge 15, 55-77.
- Pries, L.** (2003): Labour migration, social incorporation and transmigration in the New Europe. The case of Germany in a comparative perspective. In: Transfer (Brussels), 9 (3), 432-451.
- Prümm, K.** (2004): Einbürgerung als Option. Die Bedeutung des Wechsels der Staatsangehörigkeit für Menschen türkischer Herkunft in Deutschland. Münster: LIT.

- Radtke, F.-O.** (2004): Die Illusion der meritokratischen Schule. Lokale Konstellationen der Produktion von Ungleichheit im Erziehungssystem. In: Bade, K. J./ Bommers, M. (Hg.), Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. IMIS-Beiträge 23, 143-178.
- Ratha, D.** (2003): Workers' Remittances: An Important and Stable Source of External Development Finance. In: The World Bank (Hg.), Global Developing Finance 2003, Washington, 157-175.
- Rauch, J. E./Trinidade, V.** (1999): Ethnic Chinese Networks in International Trade. Working paper No. 7189. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Regets, M. C.** (1997): Migration of Foreign Scientists and Engineers to the US. Workshop Summary. Boston: Sloan Foundation and Boston University.
- Regets, M. C.** (2001): Research and Policy Issues in High-Skilled International Migration: A Perspective with Data from the United States. IZA Discussion Paper No. 366. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung** (2000): Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Informationsgesellschaft bis zum Jahre 2010. Essen.
- Riphahn, R. T.** (1998): Immigrant Participation in the German Welfare Program. In: Finanzarchiv, 55, 163-185.
- Romer, P. M.** (1986): Increasing Return and Long-Run Growth. In: Journal of Political Economy 94, 1002-1037.
- Romer, P. M.** (1987): Growth Based on Increasing Returns Due to Specialization. In: American Economic Review 77, 56-62.
- Romer, P. M.** (1990): Endogenous Technological Change. In: Journal of Political Economy, 98 (5), 71-102.

- Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (2004):** Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004. Nürnberg.
- Salentin, K. (2004):** Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück? In: Bade, K. J./Bommers, M./Münz, R. (Hg.), Migrationsreport 2004. Fakten-Analysen-Perspektiven. Frankfurt am Main/New York: Campus, 97-116.
- Salentin, K./Wilkening, F. (2003):** Ausländer, Eingebürgerte und das Problem einer realistischen Zuwanderer-Integrationsbilanz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55 (2), 278-298.
- Sassen, S. (2001):** The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton/London: Princeton University Press.
- Sauer, M./Goldberg, A. (2001):** Die Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zweiten Mehrthemenbefragung. Essen: Zentrum für Türkei-studien.
- Saxenian, A. (2002):** Silicon Valley's New Immigrant High-Growth Entrepreneurs. In: Economic Development Quarterly, 16 (1), 20-31.
- Schedtler, S. (1999):** Das Eigene in der Fremde. Einwanderer-Musikkulturen in Hamburg. Münster: LIT.
- Schiffauer, W. (2004):** Vom Exil- zum Diaspora-Islam. Muslimische Identitäten in Europa. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Schmalz-Jacobsen, C. (2001):** Der neue politische Diskurs – ein zaghafter Beginn. In: Currie, E./Wunderlich, T. (Hg.), Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen. Stuttgart: Lucius & Lucius, 41-44.
- Schmelz, A. (2002):** Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Schmidt-Fink, E.** (2002): "Voll krass Alder". Von Türkendeutsch über Kanak Sprak zu Kanakisch. In: AiD – Ausländer in Deutschland 4/02, 19.
- Schmitt, T.** (2003): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg: Deutsche Akademie für Landeskunde.
- Schönwälder, K.** (2001): Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren. Essen: Klartext Verlag.
- Schönwälder, K./Vogel, D./Sciortino, G.** (2004): Migration und Illegalität in Deutschland. AKI-Forschungsbilanz 1. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Schorb, B.** (2003): Was guckst du, was denkst du? Der Einfluss des Fernsehens auf das Ausländerbild von Kindern und Jugendlichen. Kiel: Unabhängige Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien.
- Schreyer, F./Gebhardt, M.** (2003): Green Card, IT-Krise und Arbeitslosigkeit. Mit einer Kündigung verlieren ausländische IT-Kräfte oft mehr als nur ihren Job – Eine Fallstudie in München. IAB Werkstattbericht 7/2003. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Seidel-Pielen, E.** (1996): Aufgespießt: Wie der Döner über die Deutschen kam. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- Sen, F.** (1994): The Economic, Social and Political Impact of Turkish Migration. In: Spencer, S. (Hg.), Immigration as an Economic Asset. The German Experience. Stoke-on-Trent: IPPR/Trentham Books, 93-106.
- Sinn, H.-W.** (2002): EU enlargement and the future of the welfare state. In: Scottish Journal of Political Economy, 49, 104-115.

- Sinn, H.-W./Flaig, G./Werding, M. et al. (2001):** EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 2. München: Ifo-Institut.
- Smith, J. P./Edmonson, B. (1997):** Do immigrants impose a net fiscal burden. Annual estimates. In: dies. (Hg.), *The New Americans: economic, demographic and fiscal effects of immigration*. Washington, D.C.: National Academy Press, 254–296.
- Sonnenberger, B. (2003):** Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955-1967. Darmstadt: Hessisches Wirtschaftsarchiv.
- Soyez, D. (2004):** Der Kölsche Chinese und andere Hybride. Kölner Restaurants als Bühnen von Glokalisierungsprozessen. In: Schweizer, G./Kraas, F./Zehner, K. (Hg.), *Köln und der Kölner Raum. Ein Geographischer Exkursionsführer. Teil 1: Stadt und Umland Köln. Kölner Geographische Arbeiten 82*. Köln: Geographisches Institut, 29-36.
- Soysal, Y. N. (1994):** *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Stalker, P. (2000):** *Workers without frontiers. The impact of globalisation on international migration*. Geneva: International Labour Office.
- Steinert, J. D. (1995):** *Migration und Politik: Westdeutschland – Europa – Übersee 1945-1961*. Osnabrück: secolo.
- Straubhaar, T. (2000):** International Mobility of the highly skilled: „Brain Gain“, „Brain Drain“ or „Brain Exchange“? In: Klemmer, P./Wink, R. (Hg.), *Preventing Unemployment in Europe. A New Framework for Labour Market Policy*. Cheltenham: Edward Elgar, 31-46.
- Straubhaar, T./Vadean, F. (2004):** *International Migrant Remittances and their Role in Development*. OECD (forthcoming).

- Suntum, U. van/Schlotböller, D. (2002):** Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern: Einflussfaktoren, internationale Erfahrungen und Handlungsempfehlungen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Terkessidis, M. (2000):** Migranten. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
- The Economist (2002):** Who gains from immigration? June 29, 37-38.
- Thränhardt, D. (2003):** Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland am Anfang des 21. Jahrhunderts. In: Meendermann, K. (Hg.), Migration und politische Bildung – Integration durch Information. Münster: Waxmann, 11-36.
- Thränhardt, D./Hunger, U. (2000):** Vom Partizipationspostulat zum Civil-Society-Konzept. In: iza – Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 2, 32-39.
- Treichler, A. (1994):** Gewerkschaften, die politische Strategie der Nation und ihre Bedeutung für die Integration von Zuwanderern. In: Kühne, P./Öztürk, N./West, K. (Hg.), Gewerkschaften und Zuwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz. Köln: Bund-Verlag, 76-92.
- Treichler, A. (1998):** Zuwanderung und Gewerkschaften. Das Problem der sozialen Ungleichheit im internationalen Maßstab und die Rolle der Gewerkschaften bei der Regulation transnationaler Migrationen, untersucht am Beispiel Deutschlands und der Arbeitsmigrationen aus der Türkei und Polen. Münster: LIT.
- Treichler, A. (2004):** Europäische Sozialpolitik und Interkulturelle Arbeit: Was heißt das für die Gewerkschaften?
www.verdi.de/verdi_2/intranet/gruppen_frauen/auslaendische_arbeitnehmer_innen/veranstaltungen_termine/erste_migrationskonferenz/text_treichler.

- Ulrich, R. (1994):** The Impact of Foreigners on The Public Purse. In: Spencer, S. (Hg.), *Immigration as an Economic Asset. The German Experience*. Stoke-on-Trent: IPPR/Trentham Books, 65-91.
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (2001):** Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- United Nations (2000):** Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Aging Populations? New York: UN Population Division.
- United Nations (2002):** International Migration Report 2002. New York: UN Population Division.
- Velling, J. (1995):** Immigration und Arbeitsmarkt – Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Weiss, K. (2002):** Zwischen Integration und Ausgrenzung. Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland. In: Benz, W. (Hg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 11. Berlin: Metropol, 249-270.
- Welsch, J. (2001):** Wachstums- und Beschäftigungsmotor IT-Branche. Fachkräftemangel, Green Card und Beschäftigungspotenziale. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Wilpert, C. (2003):** Germany: From Workers to Entrepreneurs. In: Kloosterman, R./Rath, J. (Hg.), *Immigrant Entrepreneurs. Venturing Abroad in The Age of Globalization*. New York: Berg, 233-259.
- Winkelmann, R./Zimmermann, K. F. (1994):** Ageing, Migration and Labour Mobility. In: Johnson P./Zimmermann, K. F. (Hg.): *Labour Markets in an Ageing Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 255-283.

- Wüst, A. M. (2002):** Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Zaimoglu, F. (1995):** Kanak Sprak. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Zentrum für Türkeistudien (1992):** Konsumgewohnheiten und wirtschaftliche Situation der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Essen.
- Zentrum für Türkeistudien (1998):** Evolution eines Leckerbissens: Vom „traditionellen türkischen Döner“ zum „Deutschländer-Döner“. Pressemitteilung vom 31.07.1998 (www.zft-online.de/deutsch/php).
- Zimmermann, K. F. (1995):** Tackling the European Migration Problem. In: Journal of Economic Perspectives, 9 (2), 45-62.

Impressum

Herausgeber:

Manfred Kohlmeier und Peter Schimany
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Tel. (0911) 943-4401

Fax: (0911) 943-4007

email: info@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de

Layout:

Birgit Koller
Referat 222
Forschungsmanagement,
Zuarbeit wiss. Beirat

Druck und Bindung:

Druckhaus
Bernd Brümmer
Laurentiusweg 28
53347 Alfter/Bonn

ISBN: 3-9807743-5-X

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.